



Präsidialdepartement

Statistisches Amt

Gender-Budget: Gleichstellungs- und Finanzindikatoren in der Bildung

Bericht im Auftrag
des Regierungsrates
des Kantons Basel-Stadt

Herausgeber:

Statistisches Amt

Autorin:

Andrea Pfeifer Brändli

Mai 2009



Impressum

Verantwortlich:

Dr. Madeleine Imhof

Projektleitung:

lic. phil. Andrea Pfeifer Brändli

Graphische Gestaltung und Layout:

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt

© Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Binningerstrasse 6, Postfach, 4001 Basel
Telefon 061 267 87 27, Fax 061 267 87 37, E-Mail stata@bs.ch, www.statistik-bs.ch

Inhalt

Vorwort.....	3
Einleitung.....	4
Überlegungen zum Gerechtigkeitsbegriff.....	5
1 Alle Schülerinnen und Schüler nehmen gleiche Ausbildungschancen auf einem hohen Niveau wahr.....	6
1.1 Bildungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung (Input).....	6
1.2 Anteil Schüler und Schülerinnen in integrativen und segregativen Schulungsformen (Prozess).....	8
1.3 Durchschnittliches Resultat der Schüler und Schülerinnen bei der Überprüfung von Standards (Resultat).....	14
1.4 Anteil der 25- bis 34-Jährigen mit maximal obligatorischer Schulbildung (Wirkung).....	16
2 Das Bildungswesen ist so strukturiert, dass Eltern Beruf und Familie vereinbaren können.....	18
2.1 Öffentliche und private Ausgaben für die Tagesbetreuung (Input).....	18
2.2 Ausbau des Versorgungsgrads der Tagesbetreuung (Prozess).....	20
2.3 Versorgungsgrad durch schulergänzende Tagesstrukturen und durch Tagesschulen (Resultat).....	22
2.4 Zufriedenheit der Eltern mit den Kinderbetreuungsangeboten (Wirkung).....	24
3 Frauen und Männer sind im Bildungswesen gleichgestellt.....	26
3.1 Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern (Input).....	26
3.2 Von Mitarbeitenden genutzte Flexibilität der Verwaltung betreffend Anstellungsbedingungen, Arbeitszeit, etc. (Prozess).....	28
3.3 Geschlechteranteile in den Schulhausleitungen der Volksschule (Resultat).....	30
3.4 Zufriedenheit der Mitarbeitenden betreffend Berufschancen und Gleichstellung an ihrer Arbeitsstelle im Bildungswesen (Wirkung).....	32
Kommentar aus Gleichstellungssicht: Bildung und Geschlecht in Basel-Stadt: Zwischen Wandel und Persistenz.....	33
Anhang.....	36
A1 Expertinnen und Experten.....	36
A2 Methode.....	37
A3 Tabellen.....	39

Vorwort

Im Juni 2006 beauftragte das Gleichstellungsbüro Basel-Stadt (neu: Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern) das Unternehmensberatungsbüro Transform Conseils aus Genf und das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt mit der Erarbeitung von Finanz- und Gleichstellungskennzahlen im Rahmen des Projekts Gender-Budget Basel-Stadt. Diese Kennzahlen sollen die Entwicklung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Bildungsbereich sichtbar und messbar machen. Grundlage für dieses Projekt ist der vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt an das Gleichstellungsbüro formulierte Auftrag zur Erstellung eines Gender-Budgets im Bildungsbereich (Regierungsratsbeschluss vom 28. Februar 2005).

Politischer Hintergrund

Seit den 1990er-Jahren ist die politische Steuerung auf der Grundlage von Kennzahlen zunehmend wichtiger geworden, gleichzeitig rückten Genderfragen in den Vordergrund. Dies hat dazu beigetragen, dass aufgrund von politischen Vorstössen im Grossen Rat ab dem Jahr 2000 eine Budgetinzidenzanalyse durchgeführt wurde. Gleichstellungsbüro, Frauenrat und Statistisches Amt untersuchten, wie sich die Ausgaben des Kantons aufgeschlüsselt nach Alter und Staatsangehörigkeit auf Frauen und Männer verteilen. Diese und weitere geschlechterdifferenzierte Analysen der Kantonsrechnung 2000 wurden im Jahr 2003 in der Publikation „Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen“ veröffentlicht. Das vorliegende Kennzahlenprojekt ist eine Fortführung und Vertiefung dieser Arbeit. Sie entstand aufgrund eines Planungsauftrags an den Regierungsrat von Brigitta Gerber und Konsorten vom 23. Februar 2005.

Pilotprojekt

Ein derartiges Projekt, in dem Finanzkennzahlen und Indikatoren zur Chancengleichheit miteinander verknüpft werden, gibt es unseres Wissens bisher nicht. Trotz der Neuartigkeit des Projektes lehnen sich die Indikatoren soweit wie möglich an bestehenden Indikatoren (z.B. vom BFS) an.

Die Analyse zur Chancengleichheit in der Bildung ist als Pilotprojekt zu verstehen. Mit demselben methodischen Instrumentarium könnte auch die Entwicklung in

anderen gesellschaftlichen Bereichen verfolgt werden. Über eine Ausdehnung wurde aber bisher noch nicht befunden. Voraussichtlich werden die Kennzahlen zur Chancengleichheit in der Bildung regelmässig aktualisiert. Der vorliegende Bericht findet sich auch auf der Website des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt (www.statistik.bs.ch).

Dank

Da mit diesem Projekt Neuland betreten wurde, war es wichtig, zur Unterstützung Fachleute aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik beizuziehen. Die Begleitgruppe setzte sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern des Erziehungsdepartements, der Finanzverwaltung, des Gleichstellungsbüros, des Frauenrats, des Zentralen Personaldienstes, des Statistischen Amtes, des Grossen Rats und der Hochschule für Soziale Arbeit, die an der Umsetzung mitgearbeitet haben. Den Mitgliedern der Begleitgruppe sei an dieser Stelle ganz herzlich für ihren grossen Einsatz und die gute Zusammenarbeit gedankt (siehe Anhang).

Besonderer Dank richtet sich auch an alle Datenlieferantinnen und -lieferanten innerhalb und ausserhalb der Verwaltung, die für diesen Bericht ihre Registerdaten aufbereitet, ausgewertet und dem Statistischen Amt zur Verfügung gestellt haben. Ohne ihre tatkräftige Mitarbeit wäre dieser Bericht nicht möglich gewesen!

Für unsere Arbeit waren auch die Stellungnahmen von Expertinnen und Experten aus den Bereichen Gleichstellung, Gender Budget und Bildung sehr wertvoll. Diesen Expertinnen und Experten möchten wir an dieser Stelle nochmals herzlich danken.

Madeleine Imhof
Leiterin Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt

Andrea Pfeifer Brändli
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt

Einleitung

Das Ziel des Projektes ist die Erarbeitung von Finanzkennzahlen und Indikatoren für die Steuerung von Gleichstellungszielen im Bildungsbereich. Der methodische Ansatz beruht auf dem „leistungsorientierten Gender-Budget“ („performance oriented gender budgeting“). Das Vorgehen wurde von Rhonda Sharp (2003) in „Budgeting for equity: Genderbudget initiatives within a framework of performance oriented budgeting. UNIFEM: New York“ beschrieben. Dieser Ansatz erfüllt die Anforderung nach der Verbindbarkeit von Steuerungsinstrumenten des Bildungs- und Finanzbereichs, denn neben Ressourcen (Input) werden auch Ziele, Resultate und Wirkungen der öffentlichen Leistungen berücksichtigt. Das leistungsorientierte Gender-Budget ist somit auf die Messung der Zielerreichung ausgerichtet. Es beantwortet insbesondere folgende Fragen:

- Welche Ziele sollen erreicht werden? (Wirkung)
- Wie werden sie erreicht? (Input, Prozess, Resultate)

Umsetzung in Etappen

Die Gender-Indikatoren wurden in mehreren Etappen entwickelt. Unter der Leitung von Karin Müller war Transform Conseils für die Zielidentifikation und für die Indikatorenkonzeption, das Statistische Amt für die Auswahl der Indikatoren, die Datenbeschaffung, die Indikatorenberechnung sowie die Berichterstattung zuständig. Eine Gruppe aus Verwaltung, Wissenschaft und Politik begleitete diese Arbeiten.

Zielidentifikation

Aufgrund bestehender Gleichstellungs- und Bildungsziele, die aus verschiedenen kantonalen Quellen (Leitbild für die Schulen des Kantons Basel-Stadt, Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt, Qualitätsstandards zur Gleichstellung etc.) stammen, wurden jene Ziele identifiziert, welche von den Mitgliedern der Begleitgruppe in Bezug auf das Gender-Budget im Bildungsbereich als prioritär eingeschätzt wurden. Diese prioritären Ziele wurden anschliessend drei übergeordneten Hauptzielen zugeordnet, welche sich gemäss dem konzeptuellen Rahmen jeweils nach Input-, Prozess-, Resultat-, und Wirkungszielen gliedern. Folgende drei Hauptziele bilden somit den Rahmen für die anschliessende Ableitung der gleichstellungs- und finanzrelevanten Indikatoren:

1. Hauptziel: Alle Schüler und Schülerinnen nehmen gleiche Ausbildungschancen auf hohem Leistungsniveau wahr.
2. Hauptziel: Das Bildungswesen ist so strukturiert, dass Beruf und Familie vereinbart werden können.
3. Hauptziel: Frauen und Männer sind im Bildungswesen gleichgestellt.

Indikatorenkonzeption

In einem ersten Schritt wurden Indikatorenvorschläge für sämtliche prioritären Ziele ausgearbeitet. Die Qualität dieser Indikatoren wurde von der Begleitgruppe aufgrund von zwei Kriterien bewertet: (1) Validität (d.h. der Indikator ist zutreffend und stimmt mit dem untersuchten Ziel überein) und (2) Nützlichkeit im Sinne des Gender-Budgets (d.h. der Indikator ist nützlich zur Steuerung im Hinblick auf die Realisierung der Gleichstellungsziele).

Indikatorenauswahl

In einem zweiten Schritt wurden vom Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt die im Feinkonzept von Transform Conseils erstellten Indikatoren, aufgrund von zwei weiteren wichtigen Kriterien bewertet: (3) die Machbarkeit, d.h. der Aufwand für die Datenerhebung und die Auswertung und (4) die Reliabilität, d.h. die Zuverlässigkeit der Messung. Als Ergebnis davon wurde für jedes Hauptziel und jede Produktionsstufe (Input, Prozess, Resultat, Wirkung) der als am wichtigsten eingestufte Indikator ausgewählt, sofern der Datenbeschaffungsaufwand für das Statistische Amt und externe Datenlieferantinnen und -lieferanten vertretbar und die Reliabilität gegeben waren (siehe Inhaltsverzeichnis zur Übersicht über Hauptziele und Indikatoren).

Datenbeschaffung

Ziel des Statistischen Amtes war, sich wenn möglich auf bestehende Daten zu beschränken und aufwendige Datenerhebungen zu vermeiden. Wichtigste Datenquellen waren daher Registerdaten der Verwaltung, die teilweise speziell für diesen Bericht aufbereitet und ausgewertet wurden. Weitere wichtige Datenquellen waren bestehende statistische Erhebungen wie die Schulstatistik, die Lohnstrukturerhebung und die Schweizerische Arbeitskräfte-Erhebung. Bei den Mittagstischen (siehe Kap. 2) führte das Statistische Amt eigens für diesen Bericht eine kleine Erhebung durch.

Quelle: Detaillierte Informationen zum methodischen Vorgehen finden sich in den unveröffentlichten Zwischenberichten von Transform Conseils, und zwar im Grobkonzept vom Oktober 2006 sowie im Feinkonzept vom Dezember 2006.

Indikatorenberechnung

Das Statistische Amt hat 11 Indikatoren zur Chancengleichheit von Frauen und Männern im Bildungsbereich berechnet. Damit sich die Ergebnisse einordnen und bewerten lassen, wurden sie einerseits in der Entwicklung seit 2000 dargestellt und andererseits mit anderen Kantonen respektive Städten verglichen - vorausgesetzt, dass die Datenlage solche Vergleiche erlaubt. Die Indikatoren wurden wenn möglich analog zu bestehenden Bildungsindikatoren des Bundesamtes für Statistik oder z. B. beim Thema der Vereinbarkeit von Beruf und

Familie analog zum Kinderbetreuungsindex des Statistischen Amtes des Kantons Zürich berechnet.

Bericht

Im Bericht findet sich für jedes Hauptziel und jede Produktionsstufe (Input, Prozess, Resultat, Wirkung) ein Indikator. Grafiken wurden durch Lesehilfen ergänzt. In den Fussnoten finden sich neben Definitionen und Quellenangaben methodische Hinweise, die für das Verständnis der Resultate sehr wichtig sind.

Überlegungen zum Gerechtigkeitsbegriff

Gender-Budgeting stellt die Frage nach der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Oder mit andern Worten: Es stellt die grosse Frage nach der Gerechtigkeit in der Verteilung staatlicher Mittel zwischen den Geschlechtern. Der Gerechtigkeitsbegriff ist deshalb für diesen Bericht konstitutiv.

Die Bundesverfassung definiert den Gerechtigkeitsbegriff in Art. 8 mit dem Grundrecht der Rechtsgleichheit:

Art. 8 Abs. 1: "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich."

Art 8 Abs. 3: "Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, ..."

Es mag erstaunen, dass diese beiden Verfassungsgrundsätze nicht frei von Widersprüchen sind. Abs. 1 postuliert "Gleichheit" als Grundrecht. Gleichheit meint Gleichberechtigung als Rechtsanspruch, Gleichbehandlung als Verfahrensanspruch und Gleichstellung als Anspruch an einen gesellschaftlichen Status. Gleichheit als Gerechtigkeitspostulat meint zum Beispiel gleichen Lohn bei Mann und Frau für gleiche Arbeit oder gleiche Bildungs- und Betreuungsressourcen für Knaben und Mädchen.

Absatz 3 führt eine Spannung im Verhältnis von Gleichheit und Gleichbehandlung ein: Denn Absatz 3 verlangt von der Gesetzgebung aktive Massnahmen, die dem Ziel der Gleichstellung dienen. Damit Gleichstellung als Ergebnis möglich wird, darf und soll die Gesetzgebung zuweilen Massnahmen ergreifen und Bestimmungen erlassen, welche auch eine Ungleichbehandlung zu Gunsten eines Geschlechts, im Sinne einer positiven Diskriminierung, einschliesst.

Gleichbehandlung und Ungleichbehandlung können also gleichermassen notwendige Instrumente zur Gleichstellung der Geschlechter sein – auf der systemischen Ebene wie auch auf der individuellen.

Das verhält sich in Bildung und Betreuung nicht anders. Denn in Bildung und Betreuung geht es zunächst und zuallererst um Chancengleichheit und -gerechtigkeit. Chancengerechtigkeit verlangt nach Gleichbehandlung und Ungleichbehandlung. Gleichbehandlung meint, dass jeder junge Mensch unabhängig von Geschlecht und Herkunft Anspruch auf gleiche Bildungs- und Betreuungsressourcen und auf eine vorurteilslose Beurteilung hat, die sich an überindividuellen Kriterien orientiert. Unbestritten ist dabei aber, dass ein Bildungssystem, welches sich nur am Gleichbehandlungsgebot orientierte, die Chancenungleichheiten noch verstärkte. Dem Ziel der Chancengerechtigkeit kann sich ein Bildungssystem nur dann nähern, wenn es Ungleichbehandlung zum individualisierenden Chancenausgleich ermöglicht: Benachteiligte Kinder und Jugendliche, aber auch Schulen in schwierigem Umfeld erhalten daher mehr Ressourcen und Unterstützung als die andern – gerade um die Chancengleichheit zu verbessern.

Auf diesem Hintergrund sind die Ziele zu verstehen, welche diesem Bericht zugrunde liegen. Wenn – um ein Beispiel zu nennen – das Ziel einer gerechten Verteilung der Mittel genannt wird, dann ist jener differenzierte Gerechtigkeitsbegriff gemeint, welcher Gleichbehandlung und Chancenausgleich zusammendenkt und damit auch Ungleichbehandlung so lange als positiven Rechtsanspruch versteht, als er nicht negativ oder unbegründet diskriminiert, sondern der Gleichstellung dient.

Hans-Georg Signer
Leiter Bildung
Erziehungsdepartement Basel-Stadt

Inés Mateos
Projektleiterin
Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern
Präsidialdepartement Basel-Stadt

1 Alle Schülerinnen und Schüler nehmen gleiche Ausbildungschancen auf einem hohen Leistungsniveau wahr.

1.1 Bildungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung

Über alle Lebensjahre summiert gibt der Kanton Basel-Stadt für Bildung im Jahr 2000 für eine Einwohnerin 303 000 Franken und für einen Einwohner 312 000 Franken aus. Ausschlaggebend für diesen Geschlechterunterschied von 9 000 Franken sind die kantonalen Hochschulen, wo Frauen weniger lange studieren. Auch bei den Berufsausbildungen schlagen sich geschlechtsspezifische Berufswahlen auf die Pro-Kopf-Ausgaben von Frauen und Männern nieder. Im Bereich Sonderschulen sind die Ausgaben für einen Basler fast doppelt so hoch wie für eine Baslerin.

Ziel: Schülerinnen und Schüler profitieren von einer gerechten Verteilung der Mittel.

abgeleitet aus den Qualitätsstandards zur Gleichstellung (Drehscheibe):

Mädchen und Jungen kommen im Unterricht quantitativ und qualitativ ausgewogen zum Zug.

Der Kanton Basel-Stadt hat im Jahr 2000 564 Mio. Franken in die Bildung investiert. Werden die Bildungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Alter berechnet (siehe Methode im Anhang A2), zeigt sich, dass der Kanton Basel-Stadt über alle Lebensjahre summiert für eine Einwohnerin 9 000 Franken weniger ausgibt als für einen Einwohner (Frauen: 303 000 Franken, Männer: 312 000 Franken). Bei den ausländischen Staatsangehörigen ist dieser Unterschied zwischen den Geschlechtern wesentlich grösser als bei den schweizerischen. So kommen einer Ausländerin 21 000 Franken weniger zugute als einem Ausländer (F: 262 000 Franken, M: 283 000 Franken), während eine Schweizerin 9 000 Franken weniger erhält als ein im Kanton Basel-Stadt wohnhafter Schweizer (F: 316 000 Franken, M: 325 000 Franken; Abb. 1.1.1).

Die Gründe für die Unterschiede zwischen den Geschlechtern liegen hauptsächlich bei den Hochschulen (siehe Abb. 1.1.6), für die der Kanton Basel-Stadt im Jahr 2000 116 Mio. Franken ausgegeben hat. Durchschnittlich zahlt der Kanton für einen Studenten oder eine Studentin 73 000 Franken. Multipliziert mit dem Anteil der Studierenden an der Bevölkerung und über alle Altersjahre summiert kommen auf eine Baslerin Pro-Kopf-Ausgaben von 49 000 Franken und auf einen Basler von 55 000 Franken. Ausschlaggebend für diese Differenz ist die Tatsache, dass Studentinnen weniger lange studieren. In der vorliegenden Analyse ist nicht berücksichtigt, dass Frauen weniger teure Studiengänge wählen.

Auf der Sekundarstufe I lassen sich – ausser bei den Sonderschulen – keine wesentlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellen. Im Bereich Sonderschulen (37 Mio.) gibt der Kanton im Mittel für eine Schülerin oder einen Schüler 46 000 Franken aus. Da Jungen hier stärker vertreten sind als Mädchen (Abb. 1.1.2), sind die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für sie mit 29 000 Franken fast doppelt so hoch wie für Mädchen mit 15 000 Franken.

Auf der Sekundarstufe II zeigen sich beispielsweise bei den Ausbildungen für industriell-gewerbliche Berufe (30 Mio.) sowie Pflege- und Sozialberufe (19 Mio.) Unterschiede nach Geschlecht (Abb. 1.1.3 und 1.1.4). Eine auszubildende Person kostet in der erstgenannten Berufsausbildung 32 000 Franken und in der zweitgenannten 69 000 Franken. Da gemessen an der Gesamtbevölkerung deutlich mehr junge Basel-Städter als Basel-Städterinnen industriell-gewerbliche Ausbildungen besuchen, kommen ihnen mit 24 000 Franken in diesem Ausbildungsbereich wesentlich mehr kantonale Pro-Kopf-Ausgaben zugute als jungen Frauen (9 000 Franken). Die Ausbildungen für Pflege- und Sozialberufe sind traditionellerweise frauendominiert; folglich sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Frauen – insbesondere für Schweizerinnen – erheblich höher als für Männer. Sie betragen für eine Baslerin 15 000 Franken und für einen Basler 3 000 Franken. Bei den Maturitätsschulen (36 Mio.) sind die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für Frauen mit 25 000 Franken ebenfalls höher als für Männer mit 20 000 Franken. Grund dafür ist, dass mehr Schülerinnen als Schüler Gymnasien besuchen (Abb. 1.1.5).

Quelle:

Budgetinzidenzanalyse 2000, Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt. Siehe Publikation: Gleichstellungsbüro, Statistisches Amt und Frauenrat des Kantons Basel-Stadt (Hrsg.) (2003): Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen. Geschlechterdifferenzierte Rechnungsanalysen im Kanton Basel-Stadt. Basel. Sobald die Budgetinzidenzanalyse aktualisiert ist, kann die Entwicklung über die Zeit dargestellt werden.

Tabelle: T1.1.1

Ausgaben für Bildung pro Kopf der Bevölkerung nach Alter in Tausend Franken, 2000

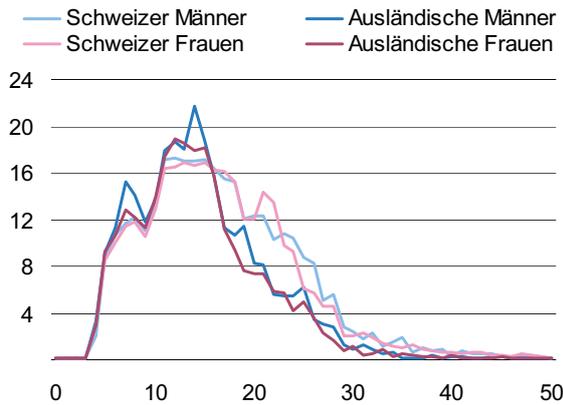


Abb. 1.1.1

Anteil Schüler und Schülerinnen in Sonderschulen an der Bevölkerung nach Alter, 2000

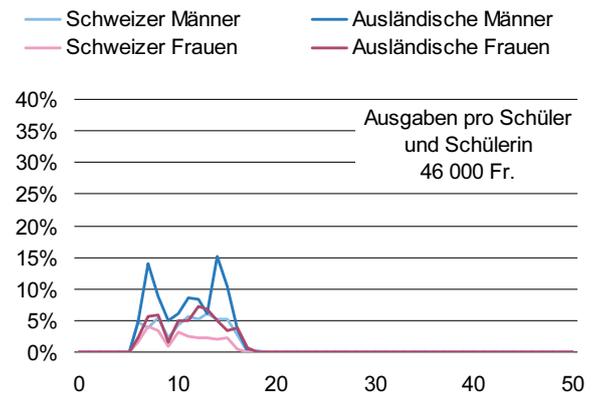


Abb. 1.1.2

Anteil Schüler und Schülerinnen in Industriell-gewerblichen Berufsausbildungen an der Bevölkerung nach Alter, 2000

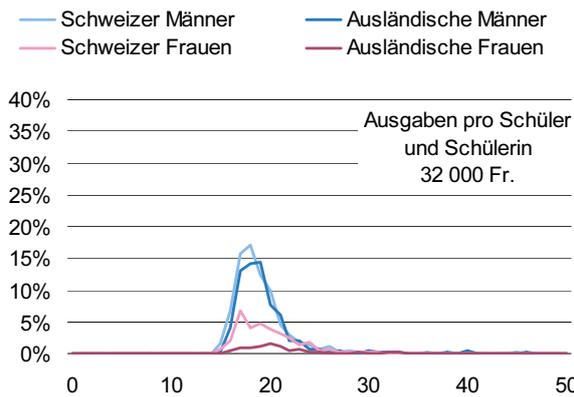


Abb. 1.1.3

Anteil Schüler und Schülerinnen in Pflege- und Sozialberufsausbildungen an der Bevölkerung nach Alter, 2000

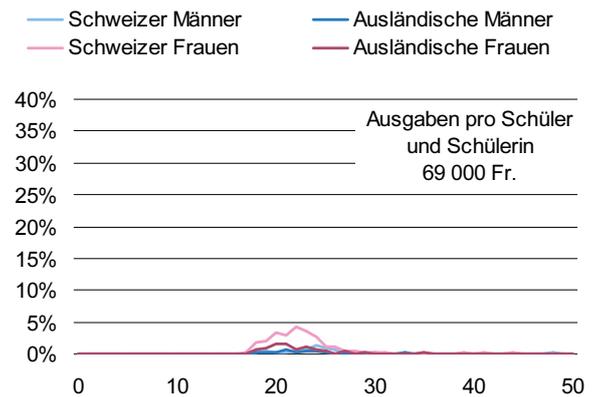


Abb. 1.1.4

Anteil Schüler und Schülerinnen in Maturitätsschulen an der Bevölkerung nach Alter, 2000

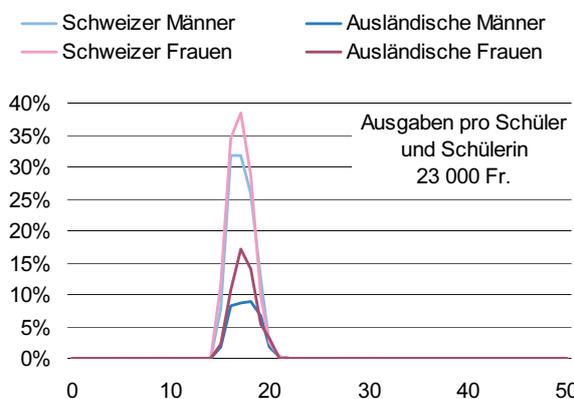


Abb. 1.1.5

Anteil Studierende an Hochschulen an der Bevölkerung nach Alter, 2000

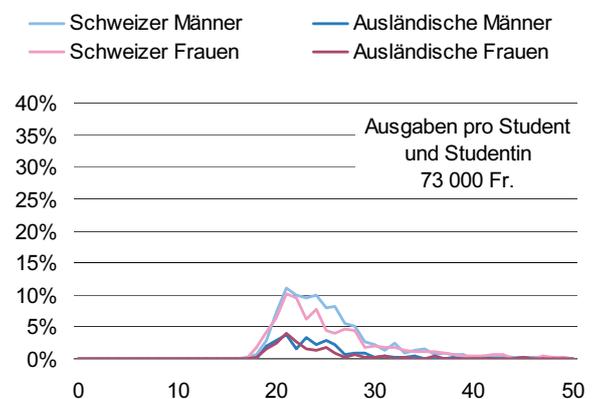


Abb. 1.1.6

1.2 Anteil Schüler und Schülerinnen in integrativen und segregativen Schulungsformen

In integrativen Schulungsformen werden 2006 insgesamt etwas mehr Jungen als Mädchen gefördert. So ist in der Primar- und der Orientierungsschule der Jungenanteil höher, in der Weiterbildungsschule aber tiefer als der Mädchenanteil. Auch in segregativen Angeboten sind Schüler stärker vertreten als Schülerinnen. Die Wahrscheinlichkeit, eine Kleinklasse zu besuchen, ist für Knaben fast doppelt so hoch wie für Mädchen und die Wahrscheinlichkeit, eine Sonderschule zu besuchen, eineinhalb Mal so hoch. Hingegen ist im Jahr 2007 für Mädchen die Chance, eine Musikklasse der WBS zu belegen, fast doppelt so hoch wie für Knaben. In der WBS-Sportklasse ist das Geschlechterverhältnis beinahe ausgeglichen.

Ziel: Integration der speziellen Förderung in die Volksschule zur ausgewogenen Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Ansprüchen.

abgeleitet aus dem Leitbild für die Schulen des Kantons Basel-Stadt:

Der Kanton BS unterstützt die Schulen auf dem Weg, ihre Integrationskraft und Tragfähigkeit zu stärken.

und aus dem Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt:

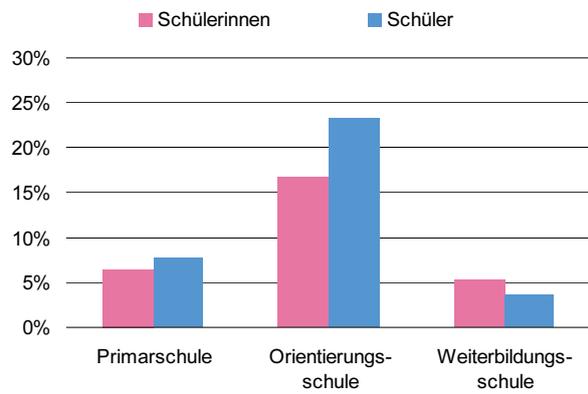
Integration der speziellen Förderung in die Volksschule: Support in Form von Beratung und Fachstellen für Lehrpersonen und Lernende mit besonderen Ansprüchen mit dem Fernziel der inklusiven Schule.

Im Kontext der Volksschulidee als "Schule für alle" wird das Ziel angestrebt, Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf nach Möglichkeit integrativ, d.h. in der Regelschule, zu bilden und individuell zu stützen. Die integrative Schulungsform richtet sich einerseits an Schülerinnen und Schüler, die aufgrund spezieller Teilleistungsstörungen vom Regelklassensystem allein zwar nicht getragen werden können, aber nicht in Kleinklassen eingewiesen werden müssen, und andererseits an Schülerinnen und Schüler mit Sinnes-, Körper- oder geistiger Behinderung. Sie werden in Regelklassen durch Heilpädagoginnen und Heilpädagogen in Kleingruppen oder im Klassenverband (Teamteaching) – und in speziellen Fällen im Einzelunterricht – gefördert. Neben der integrativen Schulung gibt es weiterhin segregative Angebote, in denen Schülerinnen und Schüler mit Lerndefiziten, mit Entwicklungsproblemen und mit Behinderungen in heilpädagogisch geführten Kleinklassen, Fremdsprachenklassen oder Sonderschulen unterrichtet und betreut werden.

An dieser Stelle interessiert, ob Schüler und Schülerinnen ausgewogen von den integrativen Schulungsmassnahmen profitieren. In den Abbildungen 1.2.1 und 1.2.2 sind nur Kinder mit Lerndefiziten erfasst, die von

den Regelklassen aus Kleinklassen übernommen und dort heilpädagogisch gefördert werden, nicht aber Kinder mit Behinderungen. Im Schuljahr 2006/2007 werden 1 225 Kinder von der 1. bis zur 9. Klasse integrativ gefördert, was einem Anteil von 10,5 % entspricht. Gemessen an allen Schülern und Schülerinnen der Volksschule betrifft dies Knaben häufiger als Mädchen, nämlich 11,6 % der Schüler und 9,3 % der Schülerinnen. Nach Schulstufe differenziert zeigt sich, dass an der Primarschule und an der Orientierungsschule (OS) anteilmässig mehr Jungen als Mädchen integrativ gefördert werden. An der Weiterbildungsschule (WBS) ist das Geschlechterverhältnis jedoch gerade umgekehrt (Abb. 1.2.1).

In der OS wird ungefähr ein Fünftel der Kinder integrativ geschult – also wesentlich mehr als an der Primarschule und der WBS (Abb. 1.2.1). Das ist die Folge davon, dass Kleinklassen auf der Stufe der OS auf das Schuljahr 2006/2007 abgeschafft wurden. Die meisten betroffenen Schülerinnen und Schüler lernen in Regelklassen der OS und werden dort heilpädagogisch unterstützt. Für die übrigen Kinder gibt es in enger Verbindung zu den Regelklassen heilpädagogische Lerngruppen sowie segregative Spezialangebote.

Anteil Schülerinnen und Schüler in integrativen Schulungsformen nach Schulstufe und Geschlecht, 2006

Nur Schulkinder aus Kleinklassen.

Abb. 1.2.1

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, in welchem Verhältnis Mädchen und Knaben mit besonderem Bildungsbedarf in segregativen Angeboten gefördert werden. Abbildungen 1.2.2 und 1.2.3 zeigen den Anteil Schülerinnen und Schüler der obligatorischen Schule in Kleinklassen, Einführungsklassen für Fremdsprachige und Sonderschulen gemessen an allen Schülern und Schülerinnen. Er liegt unter 10 %, während über 90 % die Regelklassen besuchen. Aus diesen Abbildungen wird ersichtlich, dass der Mädchenanteil in den segregativen Schulungsformen – wie in den integrativen – tiefer ist als der Knabenanteil. 2006 beträgt er in Basel-Stadt 5,8 % (Knaben 9,4 %). Für Jungen und Mädchen unterscheidet sich die Wahrscheinlichkeit, eine segregative Schulform zu besuchen, je nach Angebot. Bei Kleinklassen ist sie für Schüler doppelt so hoch wie für Schülerinnen, bei Einführungsklassen für Fremdsprachige gleich und bei Sonderschulen eineinhalb Mal so hoch.

Ausserdem zeigen die beiden Abbildungen 1.2.2 und 1.2.3 deutlich, dass mit dem Ausbau der integrativen die segregative Schulung reduziert wurde. Seit 2000 hat der Anteil Schüler und Schülerinnen in den segregativen Angeboten von 9,3 % auf 7,7 % im Jahr 2006 abgenommen. Das bedeutet, dass immer weniger Schulkinder in Kleinklassen und in Klassen für Fremdsprachige unterrichtet, dafür immer mehr in den Regelklassen integrativ gefördert werden. Lediglich in den Sonderschulen ist der Anteil Schüler und Schülerinnen über die Zeit leicht gestiegen. Wie bereits erwähnt, hat in Basel-Stadt auf das Schuljahr 2006/2007 hin ein Systemwechsel stattgefunden: Auf der Stufe der OS sind die Kleinklassen abgeschafft worden. Die meisten betroffenen Schülerinnen und Schüler lernen seitdem in Regelklassen der OS und werden dort heilpädagogisch unter-

stützt. Vom Abbau der segregativen Schulung in Klein- und Fremdsprachigenklassen sind Mädchen und Knaben gleichermassen betroffen. In diesen Angeboten hat sich das Geschlechterverhältnis 2006 im Vergleich zu 2000 nicht wesentlich verändert.

Im Kanton Zürich sieht die Entwicklung sehr ähnlich aus wie im Kanton Basel-Stadt – wenn auch auf tieferem Niveau –, während in Basel-Land der Anteil Schulkinder in Kleinklassen bis 2005 zugenommen hat. Was das Verhältnis zwischen den Geschlechtern betrifft, besuchen 2006 im Kanton Zürich (1,9) im Vergleich zu BS (1,5) deutlich mehr, nämlich fast doppelt so viele Knaben wie Mädchen Sonderschulen. Im Kanton Basel-Landschaft (1,4) sind hingegen in Kleinklassen Schülerinnen weniger stark vertreten als in BS (1,8) oder ZH (1,7).

In der Abbildung 1.2.4 sind die Quoten der segregativ geschulten Schülerinnen und Schüler nach Alter dargestellt. Im Gegensatz zu den vorangehenden Grafiken, die den Anteil an allen Schulkindern zeigen, wird hier die Quote an der Gesamtbevölkerung berechnet. Diese nimmt bei den Mädchen mit zunehmendem Alter relativ konstant ab. Bei den Knaben gibt es zwei Ausschläge mit 10 und 14 Jahren. Nach den Übergängen in höhere Schulstufen nimmt für Knaben die Wahrscheinlichkeit somit zu, eine segregative Schulungsform zu belegen. Entsprechend der Quote der Jungen verläuft das Geschlechterverhältnis: Mit sechs Jahren ist die Wahrscheinlichkeit für Knaben 2,2 Mal höher als für Mädchen, ein segregatives Angebot zu besuchen. In den folgenden Altersjahren gleicht sich dieses Verhältnis mehr und mehr aus. Mit 10 und 14 Jahren schlägt es nochmals auf 2,6 respektive 1,9 aus.

Anteil Schüler der obligatorischen Schule in Klein- und Fremdsprachigenklassen sowie Sonderschulen nach Kanton

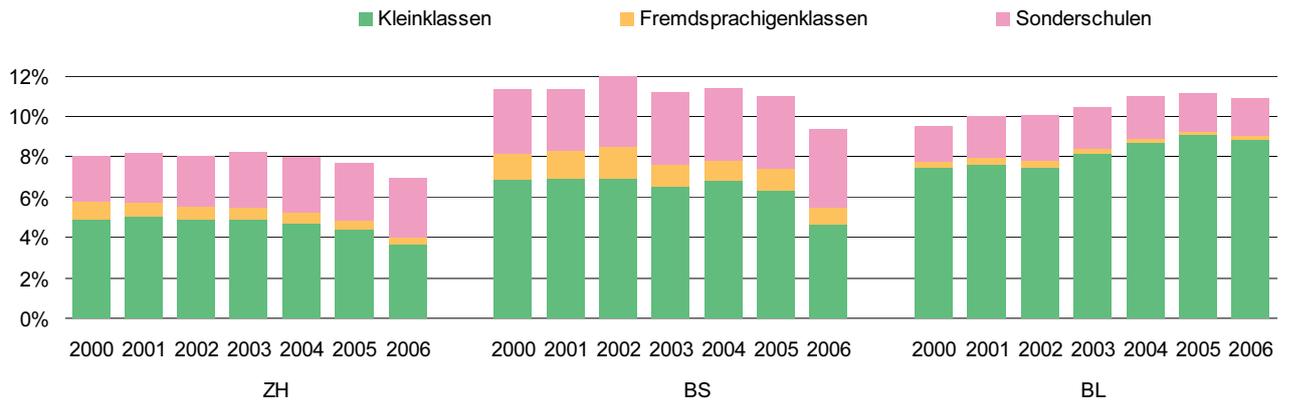


Abb. 1.2.2

Anteil Schülerinnen der obligatorischen Schule in Klein- und Fremdsprachigenklassen sowie Sonderschulen nach Kanton

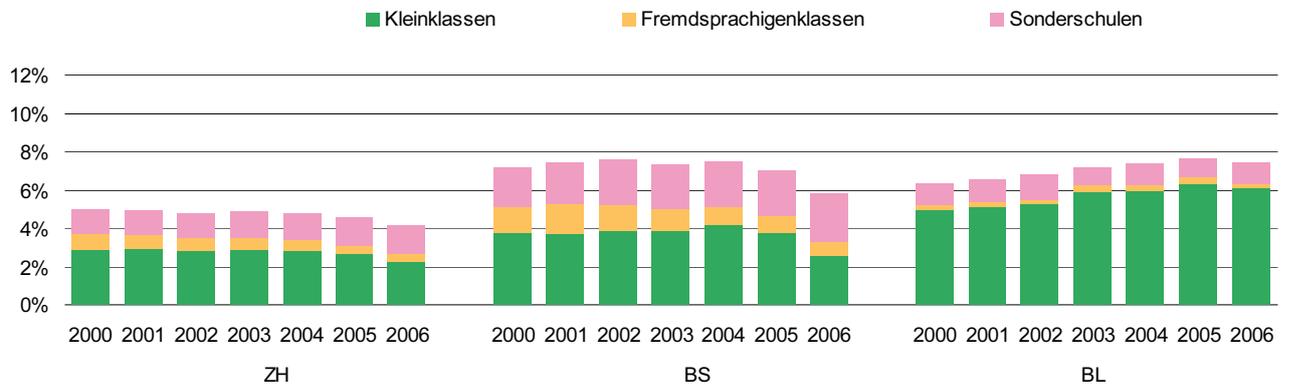


Abb. 1.2.3

Quote der Schüler und Schülerinnen in Klein- und Fremdsprachigenklassen sowie Sonderschulen nach Geschlecht und Alter, BS 2006

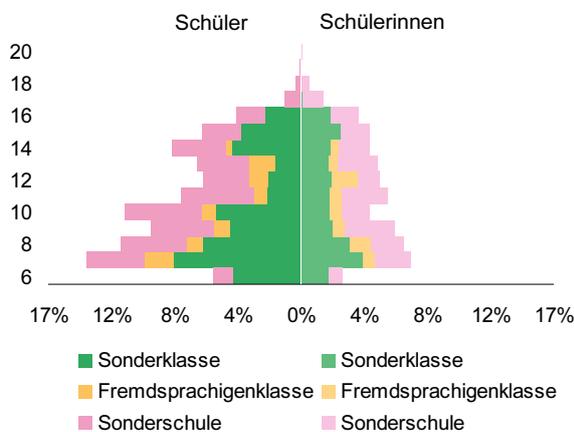


Abb. 1.2.4

Als segregative Schulung wird hier auch die Förderung von Schülern und Schülerinnen mit besonderen Potentialen verstanden. Diese findet beispielsweise in Musik- und Sportklassen an den Weiterbildungsschulen statt und wurde 2003 resp. 2004 eingeführt. Voraussetzung für den Besuch einer Musikklasse ist ein bestandener Eignungstest; für den Besuch einer Sportklasse muss die Zugehörigkeit zu mindestens einem kantonalen Kader nachgewiesen und eine Empfehlung des Trainers oder der Trainerin beigebracht werden.

Im Jahr 2007 besuchen 3,3 % der Knaben und 6,1 % der Mädchen eine Musikklasse der WBS (Abb. 1.2.5 bis

1.2.6). Schülerinnen haben somit eine fast doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit (1,8), die Musikklasse zu besuchen. Seit der Einführung der WBS-Musikklasse 2003 hat das Verhältnis zuerst bis 2005 abgenommen, dann wieder zugenommen. Nicht nur die Musikklassen, sondern auch die Sportklassen der WBS besuchen Mädchen 2007 leicht häufiger als Knaben (Verhältnis 1,1:1). Bei der Einführung 2004 war die Chance eines Mädchens, sportlich speziell gefördert zu werden, noch halb so gross wie für einen Knaben. Diese Schwankungen können jedoch auch zufällig sein, weil nur relativ wenige, nämlich zwischen 30 und 40, Jugendliche die Sportklasse belegen.

Erläuterungen:

Integrative Schulung: Schülerinnen und Schüler der Regelklassen, die aufgrund spezieller Teilleistungsstörungen oder Behinderungen vom Regelklassensystem allein zwar nicht getragen werden können, aber nicht in Kleinklassen oder Sonderschulen eingewiesen werden müssen, werden durch Heilpädagoginnen und Heilpädagogen in Kleingruppen oder im Klassenverband (Teamenteaching) – und in speziellen Fällen im Einzelunterricht – gefördert respektive betreut und begleitet.

Segregative Schulung: Schülerinnen und Schüler mit Lerndefiziten oder Behinderungen werden in heilpädagogisch geführten Kleinklassen (Sonderklassen), Fremdsprachigenklassen, heilpädagogischen Spezialangeboten oder Sonderschulen unterrichtet.

Kleinklassen: Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Schwierigkeiten im Bereich des Lern-, Leistungs- und/oder des Sozialverhaltens werden in Kleinklassen unterrichtet. In der Statistik des BFS fallen sie unter die Bezeichnung "Sonderklassen", wie sie auch im Kanton Zürich heissen.

Sonderschulen: Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, die im Rahmen der Regelschule nicht angemessen geschult werden können, besuchen eine vom Kanton anerkannte staatliche oder private Sonderschule.

Quelle:

Integrative Schulung: Rektorat Kleinklassen, Kanton BS.

Kleinklassen, Fremdsprachigenklassen und Sonderschulen: Statistik der Schüler und Studierenden, BFS.

Musik- und Sportklassen: Schulstatistik des Kantons Basel-Stadt.

Datenlage:

Die Daten zur integrativen Schulung vom Schuljahr 2006/07 wurden vom Rektorat Kleinklassen speziell für dieses Projekt erfasst. Eine Nacherfassung der vorangehenden Jahre hätte einen zu grossen Zeitaufwand erfordert. Die nach Geschlecht und Schulstufe differenzierten Zahlen zu den integrativ geschulten Kindern mit Behinderungen konnten von der Abteilung Sonderpädagogik des Ressorts Dienste (ED) aus Ressourcengründen für diesen Bericht nicht erhoben werden.

Tabelle: T1.2.1, T1.2.3

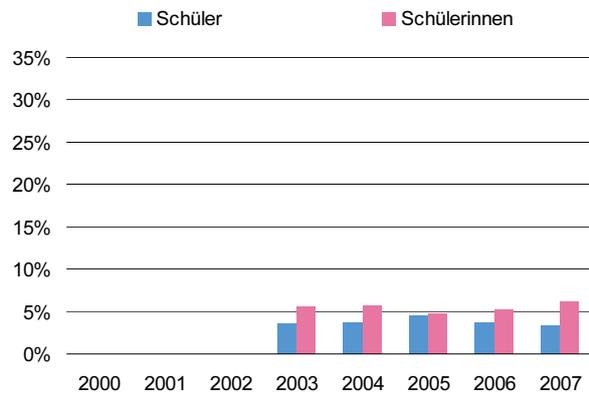
**Anteil Schüler und Schülerinnen in der WBS Musik-
klasse nach Geschlecht**

Abb. 1.2.5

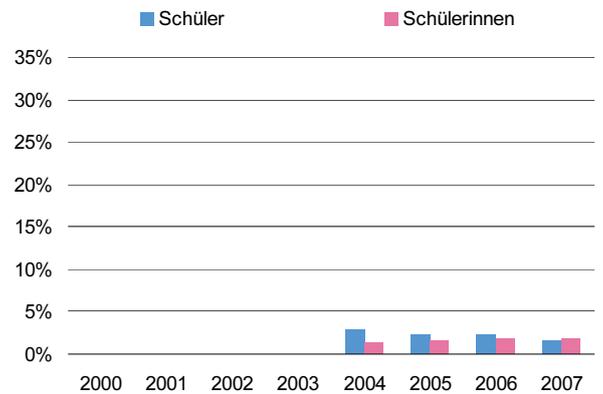
**Anteil Schüler und Schülerinnen in der WBS Sportklas-
se nach Geschlecht**

Abb. 1.2.6

1.3 Durchschnittliches Resultat der Schüler und Schülerinnen bei der Überprüfung von Standards

Was Geschlechterunterschiede bei den Mathematikabschlüssen betrifft, ergibt sich kein einheitliches Bild: An der WBS erzielen Absolventen von 2005 bis 2007 eine signifikant höhere Punktezahl und an der Matur 2005 haben Maturanden substanziell bessere Mathematiknoten als Maturandinnen, nicht aber in den darauffolgenden Jahren. An der OS finden sich keine signifikanten Differenzen. An der Deutschmatur legen Schülerinnen 2006 und 2007 signifikant bessere Prüfungen ab als Schüler. Auf den unteren Schulstufen gibt es keine substanziellen Unterschiede in den Deutschabschlüssen, obwohl Mädchen zum Teil leicht besser abschneiden.

Ziel: Einführung von Bildungsstandards als Basis für die Leistungsmessung von Schülerinnen und Schülern.

abgeleitet aus dem Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt:

Verbesserte Vermittlung von Kompetenzen: Qualitätsentwicklung im Fachunterricht, Einführung von Bildungsstandards zur Leistungsmessung und Ausarbeitung eines Volksschullehrplans der Deutschschweiz.

Bildungsstandards zur Leistungsmessung sollen im Rahmen von HarmoS eingeführt werden. Zurzeit werden die Referenzrahmen für Sprachen (lokale Standardsprache sowie Landessprachen/Fremdsprachen), Mathematik und Naturwissenschaften wissenschaftlich entwickelt. Sie umfassen differenzierte Beschreibungen von Kompetenzniveaus und sollen erlauben, auf politischer Ebene Standards per Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres (neue Zählart: 4., 8. und 11. Schuljahr) festzulegen. Resultate von HarmoS-Referenzprüfungen können somit hier noch nicht verwendet werden.

Um die schulischen Leistungen von Mädchen und Knaben zu analysieren, werden die Ergebnisse der Standortbestimmungen an der Weiterbildungsschule und die Maturnoten am Ende des Gymnasiums verwendet. Die Resultate zu den Orientierungsarbeiten in der 2. Klasse der OS stammen aus Medienmitteilungen und dem Basler Schulblatt. Im November 2004 „(...) erzielten die Mädchen (in Deutsch) tendenziell bessere Leistungen als Knaben, allerdings ist der Unterschied mit 3 % gering. In Geografie/Naturlehre lassen sich keine Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen nachweisen.“ (Medienmitteilung vom 7. Februar 2005) Die Analysen der Orientierungsarbeiten im November 2005 ergaben, „dass weder in Französisch noch in Mathematik statistisch signifikante Leistungsunterschiede zwischen Mädchen und Jungen bestehen. Signifikant ist der Leistungsunterschied zwischen deutsch- und fremdsprachigen Jugendlichen.“ (Medienmitteilung vom 1. März 2006) In den Orientierungsarbeiten vom November 2006 sind „die Mädchen (beim Schreiben) leicht besser als die Jungen und die Deutschsprachigen signifikant besser als die Fremdsprachigen.“ Im Manu-

ellen Gestalten „schneiden die Mädchen deutlich besser ab als die Jungen, und die Deutschsprachigen schneiden besser ab als die Fremdsprachigen.“ (Basler Schulblatt 2007) Bei den Orientierungsarbeiten findet sich somit der einzige bedeutende Unterschied nach Geschlecht im manuellen Gestalten 2006, wobei es wohl auch vom Sprachverständnis abhängt, ob Schüler und Schülerinnen die Arbeitsanleitungen verstehen.

In den Abschlussprüfungen der Weiterbildungsschule am Ende der 9. Klasse, die das Institut für Bildungsevaluation im Rahmen einer dreijährigen Evaluation der WBS-Strukturänderung seit 2004 durchführte, zeigen sich in Mathematik, nicht aber in Deutsch signifikante Unterschiede nach Geschlecht. In Deutsch haben Mädchen und Knaben 2005 durchschnittlich exakt die gleiche Punktzahl, 2006 und 2007 sind Mädchen unbedeutend besser. In Mathematik hingegen erzielten Knaben in allen Jahren von 2005 bis 2007 im Mittel die signifikant höhere Punktzahl (Abb. 1.3.1 und 1.3.2).

An der Matur schneiden Mädchen in Deutsch 2005 (knapp), 2006 und 2007 signifikant besser ab als Knaben und in Mathematik haben Schüler 2005 einen signifikant höheren Mittelwert. (Abb. 1.3.3 und 1.3.4). Betrachten wir die Verteilung der Mathematiknoten 2007, fällt auf, dass Jungen häufiger eine 3 haben als Mädchen, aber auch häufiger gute bis sehr gute Bewertungen. Relativ wenig Schüler erzielten hingegen eine 4 (Abb. 1.3.6). Da die Art der Maturprüfung je nach Gymnasium variiert, kann nicht beurteilt werden, ob diese Geschlechterdifferenzen durch unterschiedliche Leistungen der Schüler und Schülerinnen oder durch unterschiedliche Bewertungen durch Lehrkräfte entstehen.

Erläuterungen:

HarmoS: Projekt zur interkantonalen Harmonisierung der obligatorischen Schule.

Quelle:

Daten zu den Abschlussprüfungen an der WBS: Institut für Bildungsevaluation, Universität Zürich; Maturnoten: Ressort Schulen, ED BS. Die zitierten Resultate der Orientierungsarbeiten 2006 stammen aus: Specker, Tove: Wenn der Hund zum Mammut wird. Orientierungsarbeiten in den Fächern Deutsch und Manuelles Gestalten Textil, in: Basler Schulblatt, Heft 2, 2007, S. 11f.

Datenlage:

Es gibt keine PISA-Resultate für den Kanton Basel-Stadt. Die Ergebnisse der Orientierungsarbeiten der OS werden dem Statistischen Amt nicht zur Verfügung gestellt, weil den Lehrpersonen versprochen wurde, dass die Daten lediglich zu schulinternen Zwecken genutzt würden.

Mittelwert der an Abschlussprüfungen der WBS erzielten Punkte in Deutsch

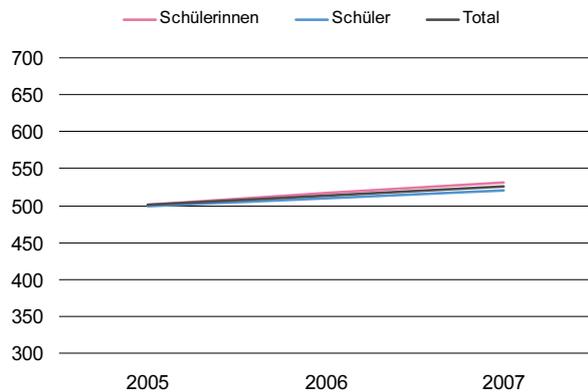


Abb. 1.3.1

Mittelwert der an Abschlussprüfungen der WBS erzielten Punkte in Mathematik

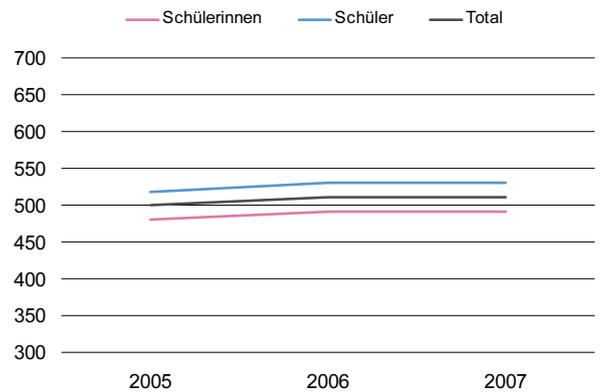


Abb. 1.3.2

Mittelwert der Maturnoten in Deutsch am Gymnasium nach Geschlecht

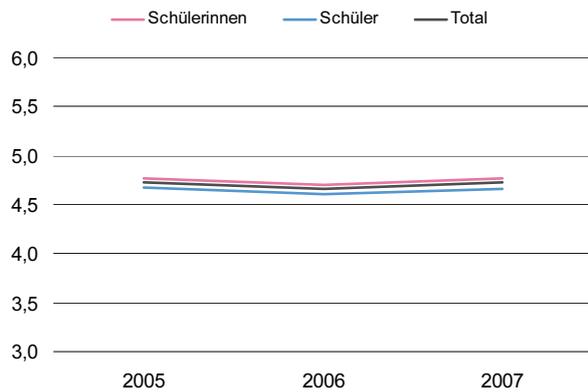


Abb. 1.3.3

Mittelwert der Maturnoten in Mathematik am Gymnasium nach Geschlecht

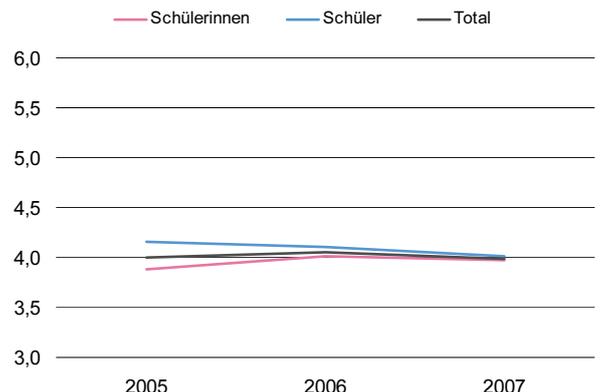


Abb. 1.3.4

Verteilung der Maturnoten in Deutsch am Gymnasium nach Geschlecht 2007

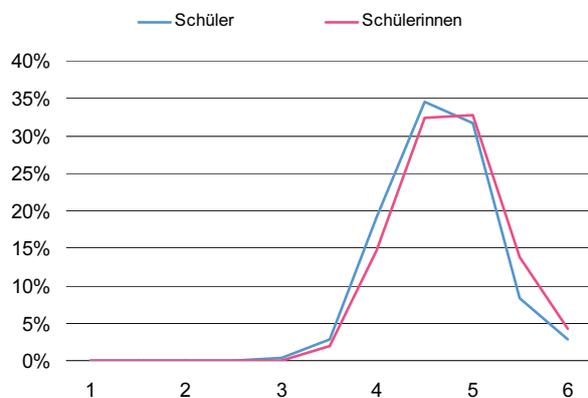


Abb. 1.3.5

Verteilung der Maturnoten in Mathematik am Gymnasium nach Geschlecht 2007

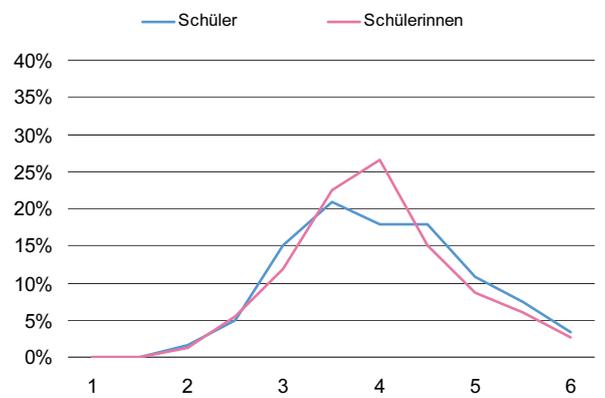


Abb. 1.3.6

1.4 Anteil der 25- bis 34-Jährigen mit maximal obligatorischer Schulbildung

Im Dreijahresmittel von 2005 bis 2007 haben 11 % der 25- bis 34-Jährigen lediglich die obligatorische Schule absolviert. Dieser Anteil unterscheidet sich nicht signifikant nach Geschlecht. Insgesamt verfügen Frauen und Männer aktuell über ein ähnliches Bildungsniveau. Seit 2000 hat sich dasjenige der Frauen demjenigen der Männer angeglichen. Der Anteil Frauen mit einem Bildungsabschluss auf Tertiärniveau hat von 30 % auf 42 % zu-, auf Sekundarstufe II von 60 % auf 47 % abgenommen.

Ziel: Wahrnehmung gleicher Ausbildungschancen aller Schülerinnen und Schüler.

abgeleitet aus dem Leitbild für die Schulen des Kantons Basel-Stadt:

Der Kanton BS setzt sich zum Ziel, allen Einwohnerinnen und Einwohnern einen Bildungsabschluss auf der Sekundarstufe II zu ermöglichen.

Für diejenigen, die als höchsten Bildungsabschluss eine obligatorische Schulbildung haben, hat der Kanton Basel-Stadt sein Ziel nicht erreicht, allen Einwohnerinnen und Einwohnern einen Bildungsabschluss auf der Sekundarstufe II zu ermöglichen. Dieses Ziel ist somit im Mittel der drei Jahre 2005, 2006 und 2007 für 11 % der 25- bis 34-Jährigen nicht erreicht worden (Abb. 1.4.1). Seit 2000 hat dieser Anteil zwischen -3 und +2 Prozentpunkten geschwankt. Diese Veränderungen können aber mit den relativ geringen Fallzahlen der Stichprobenerhebung zusammenhängen und zufällig sein. Nach Geschlecht gibt es 2006 in Basel keine signifikanten Unterschiede. Im Kanton Zürich sieht die Situation sehr ähnlich aus (2006: 10 %; Abb. 1.4.2).

Die Abbildungen 1.4.3 und 1.4.4 zeigen, dass 25- bis 34-jährige Männer und Frauen aktuell über ein ähnliches Bildungsniveau verfügen in Basel-Stadt. Im Dreijahresmittel 2006 haben insgesamt 48 % einen Abschluss auf Sekundarstufe II und 40 % auf Tertiärstufe. Zwischen den Geschlechtern gibt es keine substanziellen Unterschiede mehr. Seit 2000 hat sich das Bildungsniveau der Frauen demjenigen der Männer angeglichen. Der Anteil junger Frauen mit einem Bildungsabschluss auf Tertiärniveau ist von 30 % auf 42 % angestiegen. Im Gegenzug hat er deshalb auf der Sekundarstufe II von 60 % auf 47 % abgenommen. Bei

den 25-34-jährigen Männern schwanken die Abschlüsse auf gleichbleibendem Niveau, und zwar auf der Sekundarstufe II um 50 % und auf Tertiärniveau um 40 %.

Wird das Verhältnis des Anteils der 25- bis 34-jährigen Frauen zum Anteil der gleichaltrigen Männer nach Ausbildungsniveau betrachtet, zeigen sich die beschriebenen Entwicklungen noch deutlicher (Abb. 1.4.5): Seit 2000 haben die Frauen die Männer bei den Abschlüssen auf Tertiärstufe sogar leicht überholt und sind auf Sekundarstufe II minim in Rückstand geraten. Das Verhältnis auf Sekundarstufe I verläuft volatil, was auf die geringe Fallzahl zurückzuführen ist.

Im Detail gehen diese Entwicklungen auf folgende Veränderungen bei den Bildungsabschlüssen zurück (Abb. 1.4.6): Frauen haben auf Sekundarstufe II immer seltener eine Berufslehre als höchsten Abschluss (2000: 34 %; 2006: 24 %). Auf Tertiärstufe verfügen sowohl immer mehr 25- bis 34-jährige Frauen als auch Männer über einen Hochschulabschluss (+11 % resp. +7 % auf 30 % im Dreijahresmittel 2006). Bei den Frauen dürften Universitäts-, bei den Männern Abschlüsse von höheren Fachschulen zunehmen. Männer haben aber immer seltener eine höhere Berufsausbildung (2000: 20 %; 2006: <10 % (statistisch unsicher)).

Erläuterungen:

Obligatorische Schule: Zur obligatorischen Schule gehört die Sekundarstufe I ohne Haushaltslehre, 1-2-jährige Handelsschule, Sprachaufenthalt. Der Kindergarten ist zwar im Kanton Basel-Stadt ebenfalls obligatorisch, wird aber nicht dazugezählt.

Sekundarstufe I: entspricht der Primar- und Oberstufe, in Basel-Stadt der Primar-, Orientierungs- und Weiterbildungsschule bzw. der 1. und 2. Klasse des Gymnasiums.

Sekundarstufe II: Die Schulen der allgemein- und berufsbildenden Ausbildung schliessen sich an die obligatorische Schulstufe an. Im Kanton Basel-Stadt gehören die Brückenangebote dazu, die Übergangsklasse zum Gymnasium, das Gymnasium, die Fachmaturitätsschule, die Wirtschaftsmittelschule, die Attest- und Berufslehren samt Berufsmaturität sowie die Maturitätsschule für Berufstätige und der Passerellenlehrgang.

Tertiärstufe: Sie setzt sich aus der höheren Berufsbildung und den Hochschulen zusammen. Die Ausbildungsgänge der höheren Berufsbildung führen zu Eidgenössischen Fachausweisen und Diplomen. Voraussetzung ist der Abschluss eines Diploms auf der Sekundarstufe II sowie praktische Berufserfahrung. Zu den Hochschulen gehören die Universitäten und die Eidgenössischen Technischen Hochschulen und die Fachhochschulen. Voraussetzung ist in der Regel ein Abschluss auf Sekundarstufe II.

Quelle:

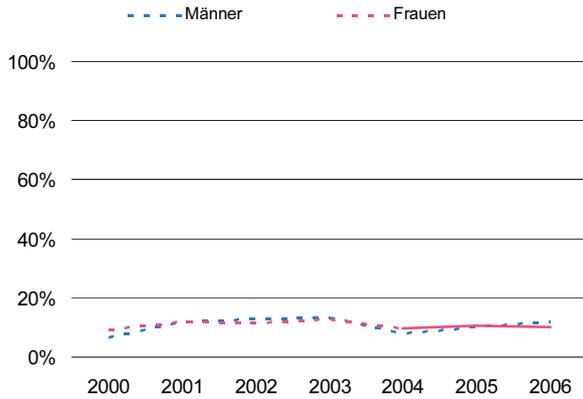
Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE 2000-2007, BFS, Auswertungen des Statistisches Amtes des Kantons BS.

Datenlage:

Da die Stichprobe des Kantons Basel-Stadt für detaillierte Auswertungen dieser Art zu klein ist, werden gleitende Dreijahresmittel gebildet. Es werden nur Werte ausgewiesen, die auf mindestens 30 Fällen beruhen. Ein Vergleich mit der Stadt Zürich ist wegen der Stichprobengrösse nicht möglich.

Tabelle: T1.4.3

25- bis 34-Jährige mit maximal obligatorischer Schulbildung im Kanton Basel-Stadt



Gleitendes Dreijahresmittel; statistisch unsichere Werte gestrichelt Abb. 1.4.1

25- bis 34-Jährige mit maximal obligatorischer Schulbildung im Kanton Zürich

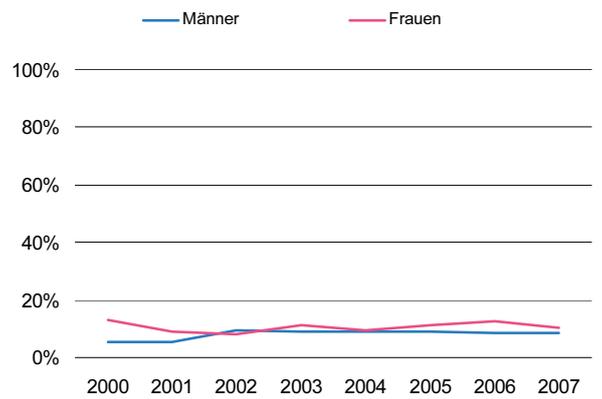
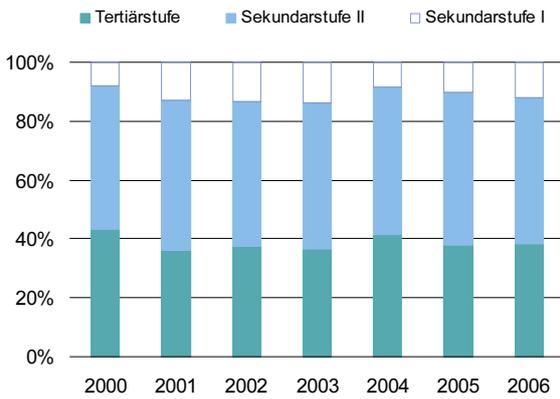


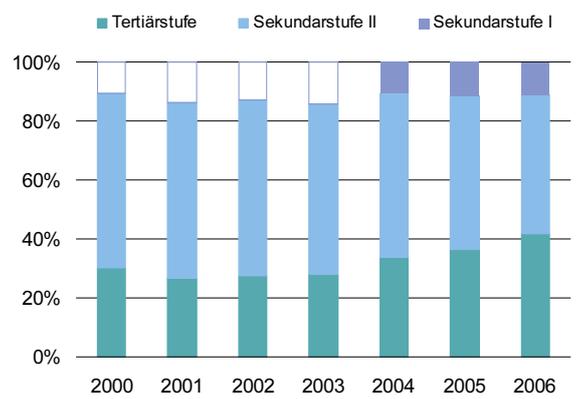
Abb. 1.4.2

25- bis 34-jährige Männer nach Bildungsniveau im Kanton Basel-Stadt



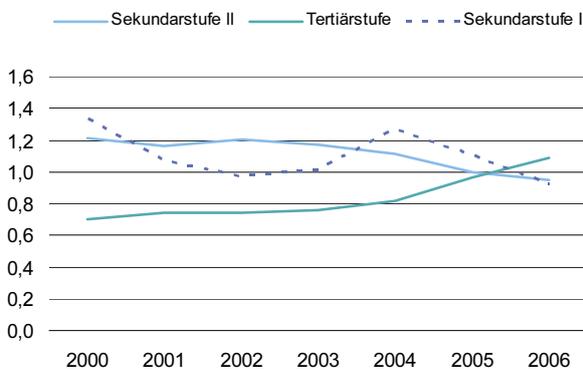
Gleitendes Dreijahresmittel; statistisch unsichere Werte farblos Abb. 1.4.3

25- bis 34-jährige Frauen nach Bildungsniveau im Kanton Basel-Stadt



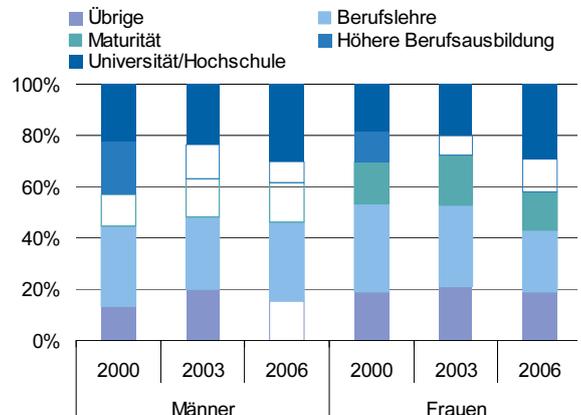
Gleitendes Dreijahresmittel; statistisch unsichere Werte farblos Abb. 1.4.4

Anteil der 25- bis 34-jährigen Frauen gemessen am Anteil der gleichaltrigen Männer nach Ausbildungsniveau im Kanton Basel-Stadt



Basiert auf gleit. Dreijahresmittel; statistisch unsichere Werte gestrichelt Abb. 1.4.5

25- bis 34-Jährige nach Ausbildungsabschluss und Geschlecht im Kanton Basel-Stadt



Dreijahresmittel; statistisch unsichere Werte farblos

Abb. 1.4.6

2 Das Bildungswesen ist so strukturiert, dass Eltern Beruf und Familie vereinbaren können.

2.1 Öffentliche und private Ausgaben für die Tagesbetreuung

Seit 2000 haben die Ausgaben des Kantons für die Tagesbetreuung um knapp 30 Prozent zugenommen. Seit 2003 sind öffentliche Beiträge für Mittagstische, Nachmittagsbetreuung und Tagesferien hinzugekommen und sehr stark angestiegen. Die Stadt Zürich gibt 2006 pro Kind mit 2 296 Franken jedoch fast doppelt so viel aus wie Basel-Stadt mit 1 263 Franken; im Schulbereich gibt sie fast dreimal mehr aus als Basel-Stadt. Der Anteil der Elternbeiträge an den Gesamtkosten für die Tagesbetreuung beläuft sich relativ konstant auf weniger als 30 %.

Ziel: Die öffentlichen und privaten Ausgaben für die Tagesbetreuung, insbesondere für Tagesschulen und Tagesstrukturen, nehmen entsprechend den Bedürfnissen von erwerbstätigen Eltern zu.

Zwischen 2000 und 2006 sind die Ausgaben des Kantons Basel-Stadt für Tagesbetreuung von 20,4 auf 26,3 Mio. Franken gestiegen (Abb. 2.1.1). Dies entspricht einer Zunahme von knapp 30 % (Abb. 2.1.2). Im Jahr 2006 machen die Beiträge des Kantons Basel-Stadt und der Gemeinde Riehen an Tagesheime mit 19,1 Mio. den grössten Anteil aus. Hinzu kommen 2,8 Mio. für schulergänzende Tagesstrukturen wie Mittagstische, Nachmittagsbetreuung und Tagesferien, 2,6 Mio. für Schulen mit Tagesstrukturen (=Tagesschulen) und 1,3 Mio. für Tagesfamilien. Ausgaben für Letztere sind seit 2000 überdurchschnittlich angewachsen (ca. +80 %). Verantwortlich für die Zunahme der öffentlichen Ausgaben sind aber hauptsächlich Einführung und Ausbau der Mittagstische, bei denen sich das Volumen seit 2003 verachtfacht hat.

Der Finanzierungsgrad wird berechnet, indem die öffentlichen Ausgaben durch die Anzahl der in Basel-Stadt respektive in der Stadt Zürich wohnhaften Kinder dividiert werden (siehe Methode im Anhang). In Basel-Stadt belaufen sich die Ausgaben pro Kind 2006 auf 1 263 Franken (Abb. 2.1.3). Im Vorschulalter sind sie mit 1 627 Franken 1,6 Mal höher als im Schulalter mit 986 Franken. Der Finanzierungsgrad hat seit 2000 um ein Viertel zugenommen.

Im Vergleich zu Basel gibt die Stadt Zürich im Jahr 2006 gesamthaft pro Kind 1,8 Mal so viel aus, nämlich

2 296 Franken (Abb. 2.1.4). Dieser Unterschied ist bedeutend. Er relativiert sich jedoch, wenn man in Betracht zieht, dass die Stadt Zürich auch verglichen mit den übrigen Gemeinden des Kantons Zürich weit aus am meisten ausgibt. An zweiter und dritter Stelle liegen die Seegemeinden Horgen mit 767 Franken und Rüslikon mit 741 Franken pro Kind. Winterthur liegt mit 604 Franken pro Kind an siebter Stelle. Die Unterschiede zwischen Basel-Stadt und Zürich sind im Schulbereich besonders gross. In Zürich sind die Ausgaben mit 2 811 Franken fast 2,9 Mal höher. Demgegenüber liegen sie im Vorschulbereich auf vergleichbarem Niveau: bei 1 627 Franken in Basel-Stadt und bei 1 679 Franken in Zürich. Im Schulbereich ist Basel-Stadt aber am Aufholen: Seit 2003 hat der Finanzierungsgrad hier um mehr als ein Drittel zugenommen, in Zürich jedoch nur um knapp ein Fünftel.

Die Elternbeiträge an Tagesheime und -familien, Tagesschulen sowie Mittagstische und Nachmittagsbetreuung sind in Basel-Stadt zwischen 2003 und 2006 von 8,2 auf 10,3 Millionen Franken gestiegen (+25 %; Abb. 2.1.5). Der Anteil der Elternbeiträge an den Gesamtkosten (= Leistungen des Kantons + Elternbeiträge) ist in diesen Jahren relativ konstant knapp unter 30 % geblieben. (Abb. 2.1.6). Der Anteil der Elternbeiträge für Tagesschulen ist mit weniger als 20 % vergleichsweise tief.

Erläuterungen:

Tagesheime: Krippen und Horte für Kinder von 0 bis 14 Jahre.

Tagesfamilien: Betreuung von bis zu 5 Kindern in den eigenen Räumen bei sich zu Hause.

Subventionierte Betreuung zu Hause: Eltern von noch nicht schulpflichtigen Kindern erhalten Betreuungsbeiträge, wenn sie ihre Berufstätigkeit vorübergehend zugunsten der Betreuung ihrer Kinder reduzieren und auf eine finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

Schulen mit Tagesstrukturen: Unterricht und Betreuung an bis zu fünf Tagen pro Woche während bis zu elf Stunden pro Tag.

Schulergänzende Tagesstrukturen: Frühhort, Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung inklusive Tagesferien.

Quellen:

Tagesheime, Tagesfamilien und subventionierte Betreuung zu Hause: Abteilung Tagesbetreuung, Ressort Dienste, ED Basel-Stadt.

Schulen mit Tagesstrukturen und Schulergänzende Tagesstrukturen: Ressort Schulen, ED Basel-Stadt.

Mittagstische und Nachmittagsbetreuung: Erhebung des Statistisches Amtes des Kantons Basel-Stadt bei den Trägervereinen.

Finanzierungsgrad in der Stadt Zürich: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Tabellen: T2.1.1, T2.1.3, T2.1.5, T2.1.6

Öffentliche Ausgaben für die Tagesbetreuung in Basel-Stadt nach Angebot in Millionen Franken

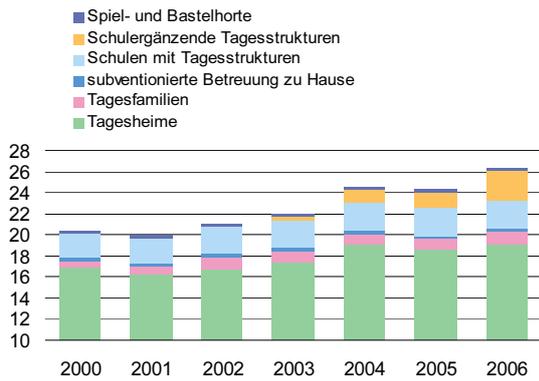


Abb. 2.1.1

Anstieg der öffentlichen Ausgaben für die Tagesbetreuung in Basel-Stadt nach Angebot (Index)

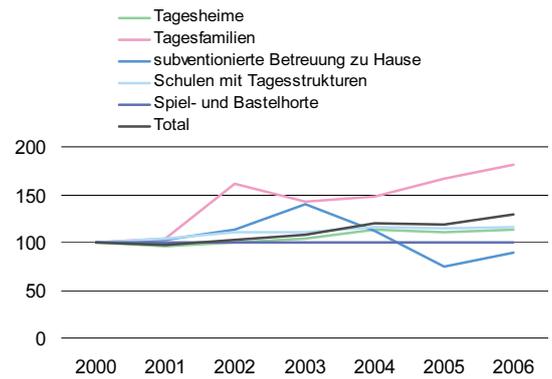


Abb. 2.1.2

Finanzierungsgrad im Kanton Basel-Stadt in Franken

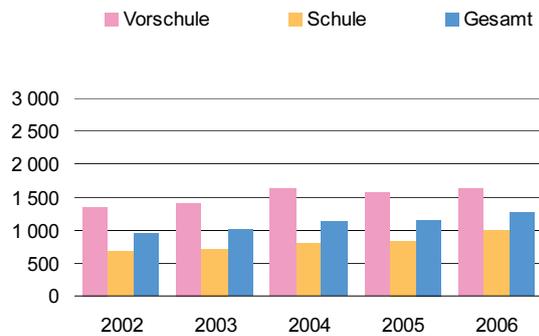


Abb. 2.1.3

Finanzierungsgrad in der Stadt Zürich in Franken

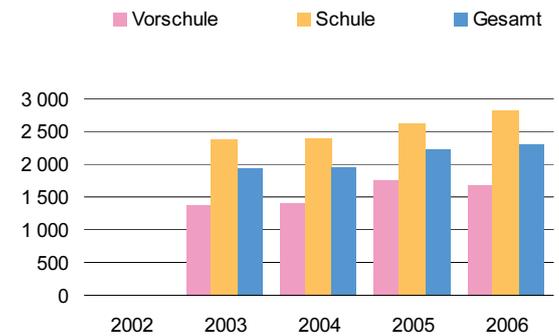
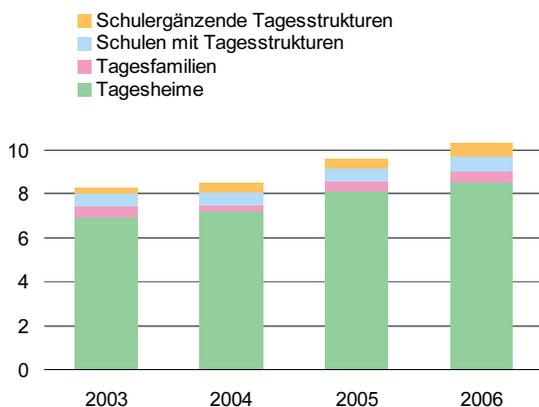


Abb. 2.1.4

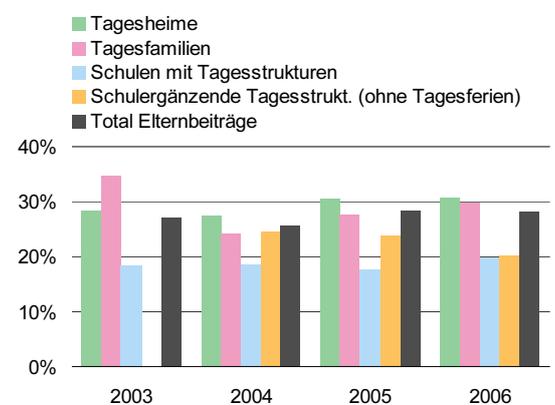
Elternbeiträge an staatlich subventionierte Tagesbetreuungsangebote in Basel-Stadt in Mio. Franken



Angaben zum Mittagstisch Volta fehlen.

.Abb. 2.1.5

Anteil der Elternbeiträge an den Gesamtkosten nach Betreuungsangebot in Basel-Stadt



Wert für schulergänzende Tagesstrukturen 2003 unzuverlässig

Abb. 2.1.6

2.2 Ausbau des Versorgungsgrads der Tagesbetreuung

Im Jahr 2006 sind 4 600 Kinder in Tagesbetreuung. Das sind fast doppelt so viele Kinder wie noch 2002. Die Tagesbetreuungsplätze haben um ein Drittel zugenommen. Der Versorgungsgrad beträgt 2006 insgesamt 17 %, berechnet als Vollzeitplätze gemessen an den in Basel-Stadt wohnhaften Kindern. Im Kanton Basel-Stadt ist er somit halb so hoch wie in der Stadt Zürich (29 %). Besonders gross ist der Unterschied zwischen den Städten im Schulbereich: In Zürich gibt es für 35 % der Schulkinder einen familienergänzenden (Vollzeit-) Betreuungsplatz, in Basel-Stadt für 16 %.

Ziel: Der Versorgungsgrad durch die Tagesbetreuung, insbesondere für Tagesschulen und Tagesstrukturen, erhöht sich, so dass Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können.

In Basel-Stadt hat sich die Zahl der Kinder in familienergänzender Tagesbetreuung zwischen 2002 und 2006 beinahe verdoppelt und zwar von 2 500 auf über 4 600 Kinder von 0 bis 13 Jahre (Abb. 2.2.1). In subventionierten Tagesheimen werden 2006 ein Drittel mehr, in Firmenkrippen jedoch fast drei Mal mehr Kinder betreut als 2002. Zudem sind 2006 annähernd doppelt so viele Kinder mit Mittagstischen und Nachmittagsangeboten versorgt als 2003. Zu bemerken ist jedoch, dass die in Mittagstischen und in Nachmittagsangeboten betreuten Kinder einer Stichwoche addiert sind, sodass möglicherweise Doppelzählungen vorliegen.

Die Tagesbetreuungsplätze haben zwischen 2002 und 2006 von 1 700 um ein Drittel auf über 2 300 zugenommen. (Abb. 2.2.2).

In den Abbildungen 2.2.3 bis 2.2.6 ist der Versorgungsgrad dargestellt. Er gibt das Verhältnis zwischen der – gewichteten – Zahl der Betreuungsplätze und der Zahl der in Basel-Stadt respektive Zürich wohnhaften Kinder an (siehe Methode im Anhang). Je höher der Versorgungsgrad, desto eher finden Mütter und Väter einen Betreuungsplatz für ihr Kind. Die Betreuungsplätze sind nach zeitlichem Umfang gewichtet und auf Vollzeitplätze hochgerechnet. Dadurch wird beispielsweise verhindert, dass der Versorgungsgrad über die Zeit zunähme, wenn zwar immer mehr Kinder betreut würden, aber zu einem immer geringeren Prozentsatz. Mit dieser Definition des Versorgungsgrads lassen sich verschiedene Betreuungsangebote vergleichen, kann die Versorgungssituation über die Zeit verfolgt und zwischen Städten vergli-

chen werden. Bei der Interpretation des Versorgungsgrades durch Blockzeiten muss berücksichtigt werden, dass der maximale Wert von 100 % aufgrund der Gewichtung der Plätze nicht erreicht werden kann. (siehe Abb. 2.2.4). Wenn alle öffentlichen Schulen über Blockzeiten verfügen, beträgt er 10 %, da die durch Blockzeiten geschaffenen Betreuungsplätze mit 0,1 gewichtet sind. Bei den übrigen Tagesbetreuungsangeboten kann der maximale Versorgungsgrad von 100 % erreicht werden, so auch bei den schulergänzenden Tagesstrukturen. Aufgrund der Gewichtungsfaktoren liegt er beim Frühhort bei 10 %, beim Mittagstisch bei 50 % und bei der Nachmittagsbetreuung bei 40 %, insgesamt also bei 100 %. Der Kanton Basel-Stadt bietet jedoch im Gegensatz zur Stadt Zürich keinen Frühhort an.

In Basel-Stadt hat der Versorgungsgrad insgesamt von 11 % im Jahr 2002 auf 17 % im Jahr 2006 zugenommen (Abb. 2.2.5). Im Vorschulbereich gibt es 2006 für 18 % der in Basel-Stadt wohnhaften, 0- bis 5-jährigen Kinder einen (Vollzeit-) Betreuungsplatz. 2003 hat der Versorgungsgrad noch 13 % betragen. Der Anstieg ist wesentlich auf den Ausbau bei den Firmenkrippen zurückzuführen (Abb. 2.2.3). Im Schulbereich gibt es 2006 für 16 % der in Basel-Stadt wohnhaften, 6- bis 13-jährigen Kinder einen Betreuungsplatz (2002: 10 %; Abb. 2.2.5). Die Abbildung 2.2.4 zeigt, dass die Zunahme hauptsächlich auf die Einführung der Blockzeiten an der OS im Schuljahr 2003/2004 zurückgeht, aber auch auf den Ausbau der schulergänzenden Tagesstrukturen wie Mittagstische und Nachmittagsbetreuung.

Erläuterungen:

siehe Indikator 2.1.

Quellen:

Tagesheime, Tagesfamilien und subventionierte Betreuung zu Hause: Abteilung Tagesbetreuung, Ressort Dienste, ED Basel-Stadt.

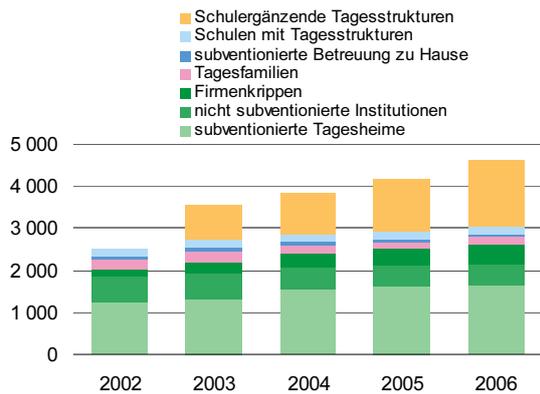
Schulen mit Tagesstrukturen und Schulergänzende Tagesstrukturen: Ressort Schulen, ED Basel-Stadt.

Mittagstische und Nachmittagsbetreuung: Erhebung des Statistischen Amtes Basel-Stadt bei den Trägervereinen.

Versorgungsgrad in der Stadt Zürich: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Tabellen: T2.2.1, T2.2.2, T2.2.3, T2.2.5

Betreute Kinder in der Tagesbetreuung nach Angebot



Annahme bei Tagesschulen: Pro Platz wird ein Kind versorgt. Abb. 2.2.1

Plätze (gewichtet) in der Tagesbetreuung nach Angebot

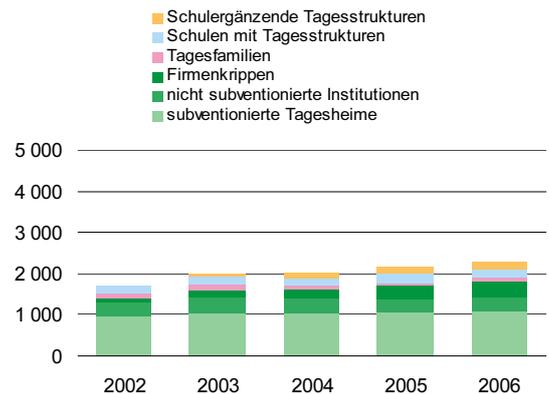


Abb. 2.2.2

Versorgungsgrad im Vorschulbereich nach Tagesbetreuungsangebot

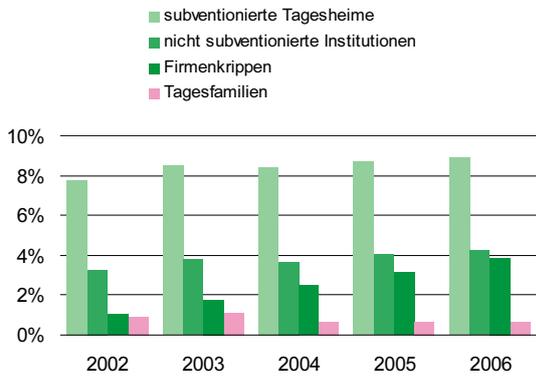


Abb. 2.2.3

Versorgungsgrad im Schulbereich nach Tagesbetreuungsangebot

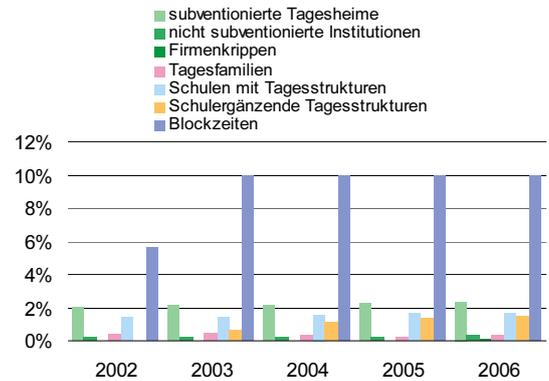


Abb. 2.2.4

Versorgungsgrad im Kanton Basel-Stadt im Vorschul- und Schulbereich

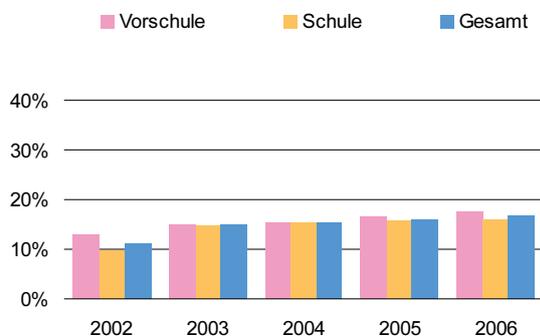
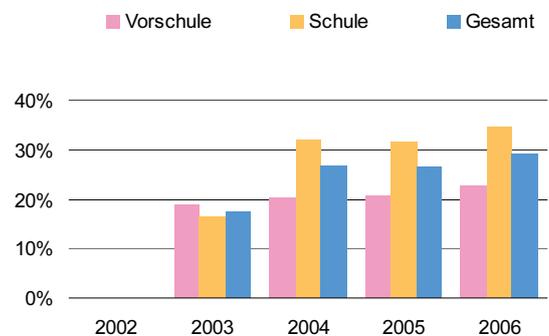


Abb. 2.2.5

Versorgungsgrad in der Stadt Zürich im Vorschul- und Schulbereich



Der starke Anstieg im Schulbereich von 2003 auf 2004 kam durch Änderungen in der Berechnungsmethode zustande. Abb. 2.2.6

Verglichen mit Zürich ist der Versorgungsgrad in Basel-Stadt tiefer: Im Jahr 2006 beträgt er in Zürich 29 %, in Basel-Stadt 17 % (Abb. 2.2.5 und Abb. 2.2.6). In Winterthur liegt er mit 18 % leicht höher. Der Unterschied zwischen Zürich und Basel ist wiederum im Schulbereich besonders gross: In Basel-Stadt beträgt der Versorgungsgrad 16 %, in Zürich 35 %. Im Vorschulbereich sind die Differenzen geringer. Hier beträgt der Versorgungsgrad 18 % in Basel-Stadt und 23 % in Zürich.

Allerdings fällt ins Gewicht, dass man weder in Basel noch in Zürich weiss, wie hoch der Anteil an auswärtigen Kindern in nicht subventionierten Institutionen und Firmenkrippen ist: Diese Kinder wohnen zwar nicht im Kanton Basel-Stadt oder der Stadt Zürich, belegen aber Plätze in der Stadt. Als Anhaltspunkt kann daher der Versorgungsgrad von subventionierten Tagesheimen für Kinder bis Kindergartenbeginn herangezogen werden. Werden die subventionierten Plätze an den 0- bis 4-jährigen Kindern gemessen, beträgt der Versorgungsgrad in Basel-Stadt 10 % und in Zürich 11 %. In diesem Segment ist der Unterschied zwischen den beiden Städten somit geringer.

2.3 Versorgungsgrad durch schulergänzende Tagesstrukturen und durch Tagesschulen

Sowohl Mittagstische und Nachmittagsangebote als auch Tagesschulen erreichen 2007 einen Versorgungsgrad von je ungefähr 2 %. Die schulergänzenden Tagesstrukturen sind 2003 eingeführt und seither kontinuierlich ausgebaut worden. Die Tagesschulen sind 2007 auf Primarschulstufe erweitert worden.

Ziel: Es gibt flächendeckende Möglichkeiten zur Benutzung von Tagesstrukturen und Tagesschulen.

Aus dem Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt:

Die Schule als Lebensraum: Entwicklung der Ganztageschule, vertiefte Kooperation mit den Eltern.

In schulergänzenden Tagesstrukturen werden in der Stichwoche 48 vom Jahr 2007 gegen 1 900 Kinder versorgt, davon über 1 400 an Mittagstischen und ungefähr 450 in Nachmittagsangeboten. Am Mittag werden somit doppelt und am Nachmittag viermal so viele Kinder betreut wie seit dem Aufbau der Tagesstrukturen 2003 (Abb. 2.3.1). Insgesamt werden in schulergänzenden Tagesstrukturen 16 % der in Basel-Stadt wohnhaften Kinder betreut. Dieser Wert ist jedoch möglicherweise überschätzt, weil Kinder, die sowohl mittags wie auch nachmittags von den Tagesstrukturen profitieren, doppelt gezählt sein können. Zudem ist nicht klar, wie häufig pro Woche Kinder die beiden Angebote in Anspruch nehmen. Der Versorgungsgrad beträgt 2 % (Abb. 2.3.2).

Im Jahr 2007 bieten Schulen mit Tagesstrukturen, sog. Tagesschulen, 244 Plätze an, davon 140 in der Primarschule und 104 in der OS (Abb. 2.3.3). Im Vergleich zu 2002 gibt es in der Primarschule gegen die Hälfte mehr und in der OS ein Viertel mehr Plätze. In der Grafik ist die Aufstockung des Angebotes auf Primarschulstufe 2007 ersichtlich. Was den Versorgungsgrad betrifft, ist für 2 % aller in Basel-Stadt wohnhaften Kinder im Schulalter ein Platz in einer Tagesschule vorhanden (Abb. 2.3.4).

Erläuterungen:

siehe Indikator 2.1.

Quellen:

Schulen mit Tagesstrukturen: Ressort Schulen, Erziehungsdepartement Basel-Stadt.

Schulergänzende Tagesstrukturen: Erhebung des Statistischen Amtes Basel-Stadt bei den Trägervereinen.

Tabellen: T2.3.1, T2.3.3

Betreute Kinder in schulergänzenden Tagesstrukturen nach Tageszeit

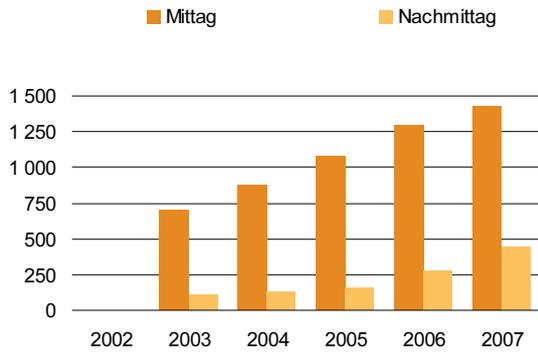


Abb. 2.3.1

Versorgungsgrad durch schulergänzende Tagesstrukturen nach Tageszeit

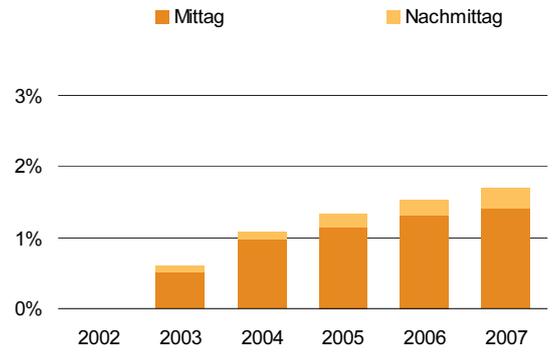


Abb. 2.3.2

Plätze in Tagesschulen nach Schulstufe

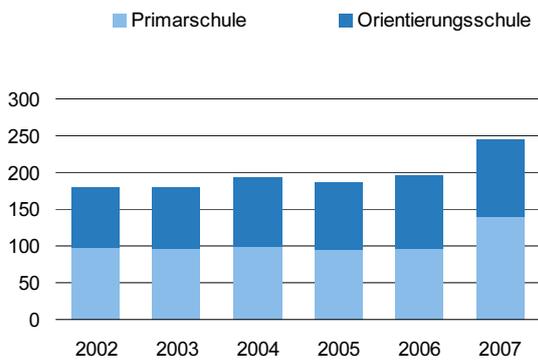


Abb. 2.3.3

Versorgungsgrad durch Tagesschulen nach Schulstufe

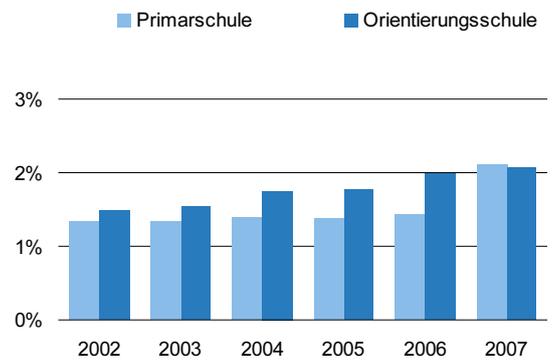


Abb. 2.3.4

2.4 Zufriedenheit der Eltern mit den Kinderbetreuungsangeboten

Gemäss der Bevölkerungsbefragung 2007 sind in Basel zwei Drittel der Befragten sehr oder eher zufrieden mit dem Kinderbetreuungsangebot. Dieser Anteil ist tiefer als in anderen Schweizer Städten. In Zürich liegt er beispielsweise bei 72,8 %. In Basel ist weniger als die Hälfte der Eltern mit mindestens einem Kind von 7 bis 17 Jahren zufrieden mit dem Angebot.

Ziel: Verbindung von Beruf und Familie besser gewährleisten.

In Abb. 2.4.1 ist der Anteil aller Befragten verschiedener Schweizer Städte – also auch derjenigen ohne Kinder – dargestellt, die mit dem Kinderbetreuungsangebot an ihrem Wohnort sehr oder eher zufrieden sind. Im Jahr 2007 ist dieser Anteil in Basel im Vergleich zu den Städten Bern, St. Gallen, Winterthur und Zürich mit 65,2 % am tiefsten. In Zürich liegt er bei 72,8 % und in St. Gallen sogar bei 75,9 %. In Basel hat dieser Anteil seit 2003 zudem stagniert. Im Gegensatz dazu hat er in Bern, Zürich und St. Gallen seit 2003 deutlich zugenommen – wenn auch von einem tieferen Ausgangsniveau aus. Im relativ tiefen, stagnierenden Anteil in Basel zeigt sich möglicherweise, dass die Befragten unzufrieden damit sind, dass die Tagesbetreuung zumindest im Vergleich zur Stadt Zürich eher langsam ausgebaut wird.

Der Anteil der Befragten aus Haushalten mit mindestens einem Kind, die mit dem Kinderbetreuungsangebot sehr oder eher zufrieden sind, liegt in Basel 2007 mit 62,7 % leicht tiefer als der Anteil aller Befragten. Nach Haushaltstyp differenziert zeigt sich, dass Eltern mit mindestens einem Kind bis 6 Jahre 2007 ebenfalls häufiger sehr oder eher zufrieden sind mit dem Kinder-

betreuungsangebot (60,6 %) als 2003 (51,9 %) oder 2005 (54,5 %), dies aber bei Eltern mit mindestens einem Kind von 7 bis 17 Jahren nicht der Fall ist (Abb. 2.4.2). Bei ihnen geben weniger als die Hälfte (47,9 %) an, mit dem Angebot zufrieden zu sein. Knapp ein Viertel (23,5 %) macht keine Angabe dazu. Dies bedeutet, dass 62,6 % der Antwortenden mit Schulkindern zufrieden sind. In der Stadt Zürich beträgt dieser Anteil 72,9 % bei Zweielternfamilien und 79,2 % bei Einelternfamilien mit Kindern in diesem Alter.

Wie sich der Ausbau der Tagesbetreuungsangebote auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auswirkt, lässt sich auch anhand der Erwerbsquote von Frauen messen. Sowohl im Kanton Zürich als auch im Kanton Basel-Stadt ist jedoch kein eindeutiger Trend über die Zeit abzulesen (Abb. 2.4.3). Die Quoten liegen im Kanton Basel-Stadt zwischen 50 % und 56 % und sind somit tiefer als im Kanton Zürich, wo sie sich zwischen 62 % und 63 % bewegen. Die stärkeren Schwankungen in Basel-Stadt sind auf die kleinere Stichprobe zurückzuführen. Für die Stadt Zürich kann die Erwerbsquote von Frauen aufgrund der Stichprobengrösse nicht berechnet werden.

Erläuterungen:

Standardisierte Erwerbsquote: Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren.

Quellen:

Bevölkerungsbefragungen, Statistisches Amt des Kantons BS; Schweizerische Arbeitskräfteerhebung SAKE, BFS.

Tabelle: T2.4.1, T2.4.3

Anteile sehr und eher Zufriedener mit dem Kinderbetreuungsangebot am Wohnort nach Stadt

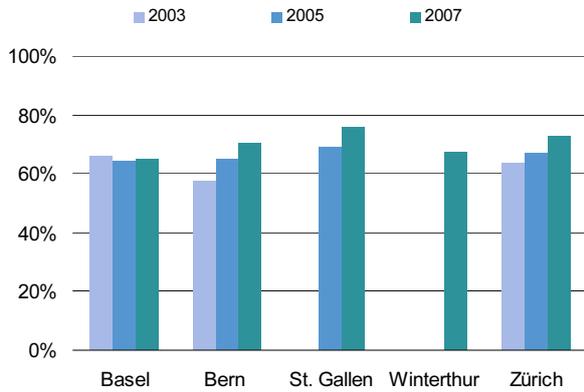


Abb. 2.4.1

Zufriedenheit mit dem Kinderbetreuungsangebot in BS nach Haushaltstyp seit 2003

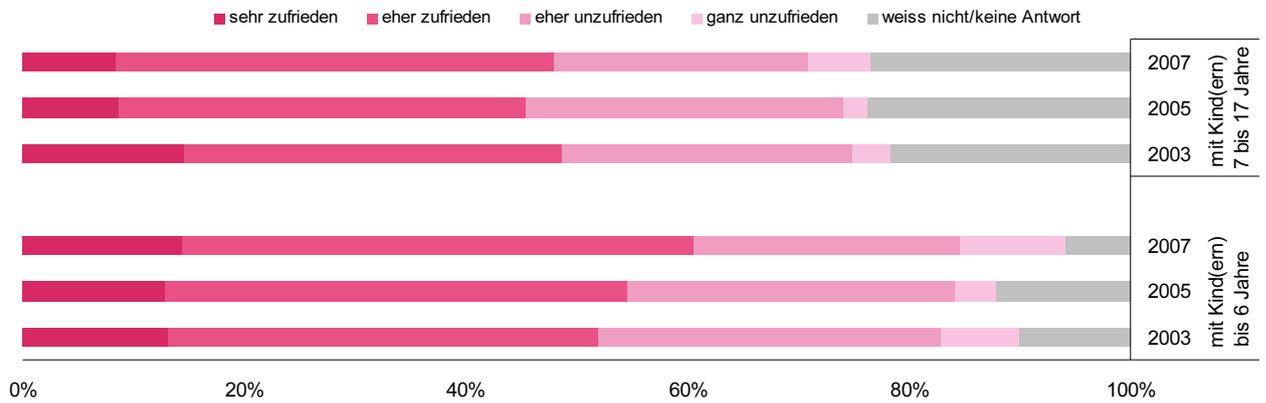


Abb. 2.4.2

Erwerbsquoten der Frauen in den Kantonen Basel-Stadt und Zürich

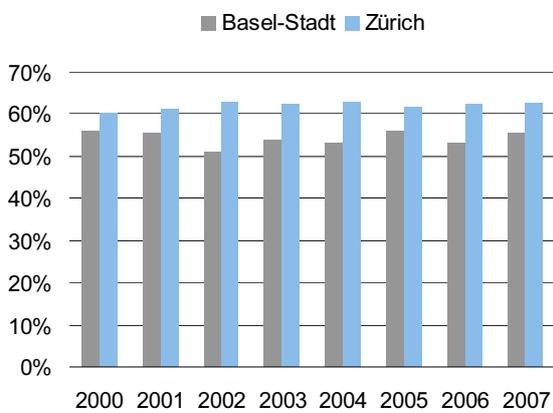


Abb. 2.4.3

3 Frauen und Männer sind im Bildungswesen gleichgestellt.

3.1 Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern

Unter der Annahme, dass ein Lohnunterschied von 5 % toleriert werden kann, besteht im Unterrichtswesen von Basel-Stadt keine Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern. Ungeachtet dessen ergibt die Regressionsanalyse aber, dass Frauen nach Kontrolle der Ausbildungs-, Erwerbs- und Dienstjahre sowie des Anforderungsniveaus und der beruflichen Stellung 2,0 % weniger verdienen. Dies ist mit der Übervertretung von Lehrerinnen auf den tieferen, weniger gut bezahlten Schulstufen zu begründen. Der Lohnunterschied an den Berufsfachschulen kann damit erklärt werden, dass Frauen häufig schlechter bezahlte, frauendominierte Berufe unterrichten.

Ziel: Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren von einer gerechten Verteilung der Mittel.

Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen werden anhand des Lohngleichheitsinstruments Bund LOGIB auf der Grundlage der Lohnstrukturdaten (LSE) analysiert. Die in Tab. 3.1.1 aufgeführten Ergebnisse basieren auf einer erweiterten Regression, die neben Ausbildungs-, (potentiellen) Erwerbs- und Dienstjahren sowie dem Geschlecht die Erklärungsmerkmale Anforderungsniveau und berufliche Stellung verwendet, um die unterschiedlichen Lohnhöhen im Unterrichtswesen zu erklären. In den Abbildungen 3.1.1 bis 3.1.4 sind die Lohnunterschiede nach Geschlecht für ausgewählte Erklärungsfaktoren deskriptiv dargestellt (mit den für die erweiterte Regression gültigen Datensätzen).

Die Regressionsanalyse ergibt für 2006 im Unterrichtswesen von Basel-Stadt keine signifikanten Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern, wenn davon ausgegangen wird, dass ein Lohnunterschied von 5 % toleriert werden kann (Tab. 3.1.1). Mit einer Toleranzschwelle von 5 % wird der Tatsache Rechnung getragen, dass weitere objektive Faktoren, die in der standardisierten Analyse nicht berücksichtigt sind, die Lohnunterschiede erklären könnten. Ist also eine Lohndifferenz kleiner als 5 %, gilt die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann als gewährleistet. Dies trifft auch für die einzelnen Bereiche des Unterrichtswesens zu, nämlich die Primarschule, die Orientierungs- und die Weiterbildungsschule, das Gymnasium und die berufsbildenden weiterführenden Schulen.

Wird die Toleranzschwelle von 5 % ausser Acht gelassen, ergibt die Regressionsanalyse, dass Frauen im Unterrichtswesen in Basel-Stadt unter sonst gleichen

Voraussetzungen signifikant weniger verdienen, und zwar 2,0 %. Dies bedeutet, dass eine Frau, die gleich viele Ausbildungs-, (potentielle) Erwerbs- und Dienstjahre, das gleiche Anforderungsniveau und die gleiche berufliche Stellung hat wie ein Mann, 2,0 % weniger verdient als ein Mann. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass das hier verwendete standardisierte Lohngleichheitsinstrument die Schulstufe nicht als erklärenden Faktor berücksichtigt. Lehrerinnen arbeiten häufiger auf tieferen und weniger gut bezahlten Schulstufen als Männer. In der vorliegenden Analyse können 83,6 % der Lohndifferenz auf die genannten objektiven Faktoren zurückgeführt werden: Frauen haben im Mittel weniger potentielle Erwerbs- und Dienstjahre, weil sie jünger sind. Was das Anforderungsniveau betrifft, führen sie weniger häufig sehr selbständige und qualifizierte Arbeiten aus als Männer, dafür häufiger Tätigkeiten, in denen Berufs- und Fachkenntnisse vorausgesetzt sind. Die übrigen 16,4 % des Lohnunterschieds werden durch das Geschlecht erklärt resp. bleiben ungeklärt und werden als Lohndiskriminierung bezeichnet.

Werden die Löhne in jeder einzelnen Schulstufe analysiert, ergibt sich nur in den Berufsfachschulen eine signifikante Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern. Hier verdient eine Frau ebenfalls 2,0 % weniger als ein Mann. Möglicherweise zeigt sich hier ein "Brancheneffekt": Berufslehrerinnen verdienen weniger, weil sie häufiger frauendominierte und schlechter bezahlte Berufe wie Verkauf oder Pflege unterrichten und Lehrer in den, entsprechend traditionellen Geschlechterbildern typisch männlichen, höher bezahlten Berufsausbildungen stärker vertreten sind.

Erläuterungen: *Potentielle Erwerbsjahre:* Mangels Angaben zu den effektiven Erwerbsjahren werden die potentiellen Erwerbsjahre als Alter minus Ausbildungsjahre minus sechs Vorschuljahre berechnet. Mögliche Erwerbsunterbrüche sind also nicht berücksichtigt.

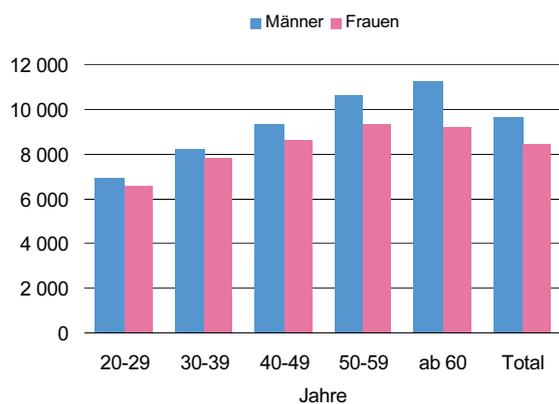
Berufsbildende weiterführende Schulen: Berufsfachschulen wie Allgemeine Gewerbeschule, Bildungszentrum Gesundheit, Schule für Gestaltung, Berufsfachschule (ehem. Frauenfachschule).

LOGIB: Lohngleichheitsinstrument Bund, entwickelt im Auftrag des Eid. Büros für die Gleichstellung und der Beschaffungskommission Bund.

Quelle: Lohnstrukturhebung 2006, Bundesamt für Statistik, Auswertungen des Statistischen Amtes des Kantons BS mittels LOGIB.

Datenlage: In der Regressionsanalyse werden 10,9 % der Fälle ausgeschlossen, für die das Anforderungsniveau mangels Stellenbeschrieb nicht erfasst ist. Ein Grossteil der vorhandenen Stellenbeschriebe dürfte zudem nicht aktuell und das Anforderungsniveau daher nicht richtig erhoben sein. Für die Jahre 2000 bis 2004 kann die Lohnungleichheit mit LOGIB nicht untersucht werden, weil die Angaben zu den Ausbildungsabschlüssen fehlen. 2006 werden diese nicht anhand von Personaldossiers, sondern von Merkmalen erhoben, die elektronisch bereits vorhanden sind. Falls Lehrerinnen z.B. aufgrund ihres Ausbildungsabschlusses eher überqualifiziert wären als Lehrer, wäre dies in den Daten nicht ersichtlich.

Durchschnittslöhne der Angestellten im Unterrichtswesen nach Altersgruppe, 2006



Aufgrund zu kleiner Fallzahlen ist der Durchschnittslohn von unter 20-jährigen Angestellten nicht abgebildet.

Abb. 3.1.1

Durchschnittslöhne der Angestellten im Unterrichtswesen nach Ausbildungskategorie, 2006

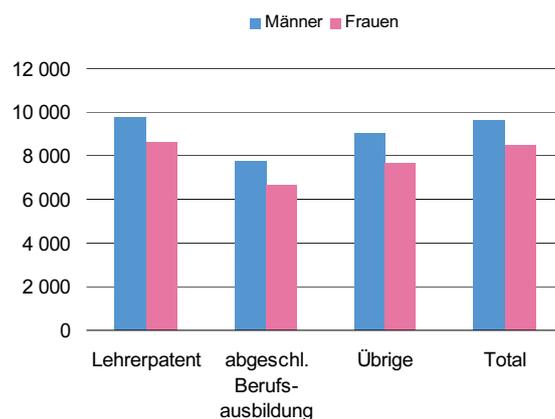


Abb. 3.1.2

Durchschnittslöhne der Angestellten im Unterrichtswesen nach (potenzieller) Erwerbserfahrung, 2006

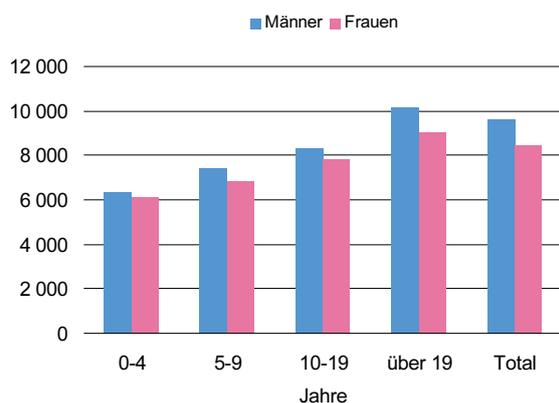


Abb. 3.1.3

Durchschnittslöhne der Angestellten im Unterrichtswesen nach Dienstal, 2006

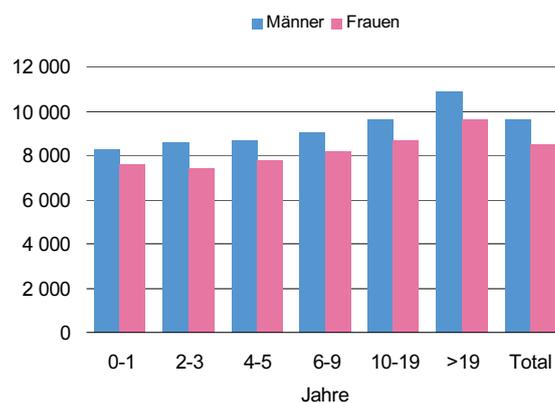


Abb. 3.1.4

Ergebnisse der Regression zur Lohnungleichheit im Unterrichtswesen Basel-Stadt 2006

	Unterrichtswesen insgesamt	Primarschule	OS, WBS	Gymnasium	Berufsbildende weiterführende Schulen
Lohndifferenz signifikant	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja
Frauen verdienen unexplärierte Lohndifferenz	2,0 % weniger	2,0 % weniger
	16,4 %	30,8 %
Lohndifferenz signifikant grösser als Toleranzschwelle von 5 %	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
N in der erweiterten Regression	2 731	515	1 314	429	479
N insgesamt	3 065	550	1 490	480	545

Tab. 3.1.1

3.2 Von Mitarbeitenden genutzte Flexibilität der Verwaltung betreffend Anstellungsbedingungen, Arbeitszeit etc.

An der Volksschule Basel-Stadt erteilen teilzeitbeschäftigte Lehrerinnen 50 % aller Unterrichtsstunden im Jahr 2008. Auf teilzeitbeschäftigte Lehrer entfallen im gleichen Zeitraum 14 %. In den Schulhausleitungen fallen 34 % der Lektionen auf Frauen und 10 % auf Männer im Teilpensum. Gemessen an ihrem Lektionenanteil im Unterricht sind Teilzeit-Lehrerinnen und -Lehrer in gleichem Masse in den Schulhausleitungen unterrepräsentiert. Übervertreten sind teilzeitbeschäftigte Lehrerinnen jedoch im Kindergarten, an der Primarstufe und der OS Basel; auf Lehrer in Teilzeit trifft dies auf den beiden Schulstufen der Sekundarstufe I, OS Bettingen/Riehen und Kleinklassen Sek I, sowie an der Primarschule Bettingen/Riehen zu.

Ziel: Die unterschiedlichen Situationen, Prioritäten und Bedürfnisse von Frauen und Männern werden von den Beschäftigten der kantonalen Verwaltung in ihrer alltäglichen Arbeit berücksichtigt (Gender Mainstreaming).

abgeleitet aus dem Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt:

Neuer Berufsauftrag für die Lehrpersonen: Klärung des Berufsauftrags zur zeitgemässen Beschreibung der verschiedenen Facetten des Lehrberufs und Festlegung des Anteils der Jahresarbeitszeit, der für jeden Tätigkeitsbereich zur Verfügung steht.

Von den oben genannten flexiblen Arbeitsbedingungen, die Lehrpersonen offenstehen, kann an dieser Stelle nur die Teilzeitbeschäftigung analysiert werden. Die Gründe dafür sind inhaltlicher Art oder bedingt durch die Datenlage (siehe Fussnote).

Im Jahr 2008 fallen von den Unterrichtslektionen an der Volksschule, die von Frauen gegeben werden, 73 % auf Teilzeitbeschäftigte. Bei den Lehrern beträgt der Teilzeit-Anteil gemessen an von Männern erteilten Lektionen 43 %. (Abb. 3.2.2) Je nach Schulstufe und Geschlecht variiert der Anteil der von Teilzeitbeschäftigten erteilten Lektionen, bei den Frauen jedoch weniger stark als bei den Männern. Bei den Lehrerinnen ist er im Kindergarten und an der Heilpädagogischen Schule vergleichsweise tief (60 % oder tiefer) (Abb. 3.2.1 und 3.2.2). Relativ hoch ist er in den Kleinklassen auf Primarstufe und an den Orientierungsschulen (über 80 %). Bei den Lehrern erteilen Teilzeitbeschäftigte in den Kleinklassen auf Primarstufe gar 100 % der Schulstunden (allerdings ist dort der Lehreranteil mit 7 % der gesamten Lektionen relativ gering), aber nur 21 % an der Heilpädagogischen Schule. In den übrigen Schulstufen sind es zwischen 33 % und 51 %.

Gemessen an allen Volksschullektionen erteilen teilzeitbeschäftigte Lehrerinnen 50 % und teilzeitbeschäftigte Lehrer 14 % der Schulstunden (Abb. 3.2.3). Die übrigen 36 % unterrichten Lehrkräfte im Vollpensum.

Abb. 3.2.4 zeigt, wie sich die Lektionen in Schulhausleitungen auf Voll- und Teilzeitbeschäftigte verteilen. Insgesamt fallen 34 % der aufgewendeten Lektionen auf teilzeitbeschäftigte Frauen und 10 % auf teilzeitbeschäftigte Männer. Die übrigen 56 % sind Angestellten im Vollpensum zugeteilt. Der Anteil der von Teilzeitbeschäftigten absolvierten Lektionen ist also in Schulhausleitungen 20 Prozentpunkte tiefer als im Unterricht.

In den Abb. 3.2.5 und Abb. 3.2.6 ist ersichtlich, wie teilzeitbeschäftigte Frauen und Männer in Schulhausleitungen repräsentiert sind. Das Verhältnis von 0,7 weist darauf hin, dass teilzeitbeschäftigte Frauen und Männer an der Volksschule insgesamt in gleichem Masse untervertreten sind. Ein Verhältnis von 1 würde bedeuten, dass sie entsprechend ihrem Anteil an den Unterrichtslektionen in den Schulhausleitungen vertreten wären. Teilzeitbeschäftigte Frauen sind aber gemessen am Anteil der Unterrichtslektionen in den Kleinklassen der Primarstufe sowie an OS, Kindergarten und Primarschule Basel besonders stark, an der WBS und der OS Bettingen/Riehen besonders schwach vertreten. Teilzeitbeschäftigte Männer sind an der OS Bettingen/Riehen, in den Kleinklassen auf Sekundarstufe I und in der Primarschule Bettingen/Riehen überrepräsentiert, hingegen im Kindergarten, in den Kleinklassen auf Primarstufe und an der Heilpädagogischen Schule ausgesprochen unter- respektive gar nicht vertreten.

Erläuterungen:

Teilzeit: Beschäftigungsgrad < 90 %.

Quelle:

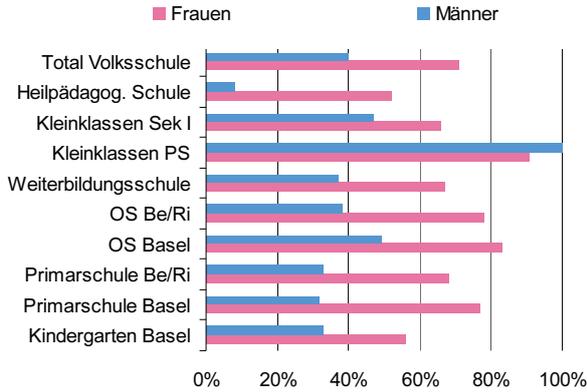
Administrativdaten zu den Lehrpersonen, Personalabteilung Schulen, Erziehungsdepartement Basel-Stadt.

Datenlage:

Von der von Lehrkräften genutzten Flexibilität der Arbeitsbedingungen kann nur die Teilzeitbeschäftigung dargestellt werden. Informationen zu Job-Sharing-Stellen sind in den Administrativdaten nicht vorhanden. Die Jahresarbeitszeit kann von Lehrkräften nicht individuell und flexibel genutzt werden, vielmehr wird eine Pflichtstundenzahl pro Woche vereinbart.

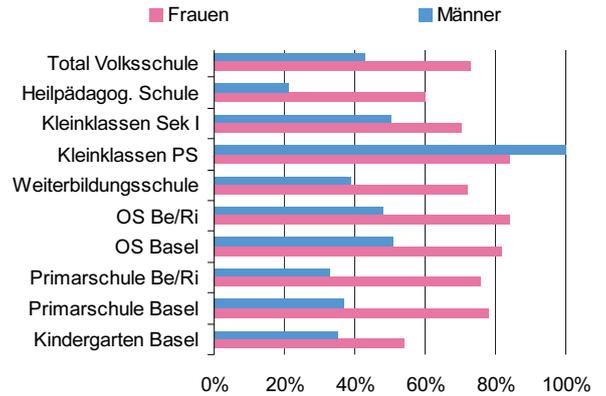
Tabelle: T3.2.3

Anteil Unterrichtslektionen von Teilzeitbeschäftigten nach Geschlecht und Schulstufe, 2007



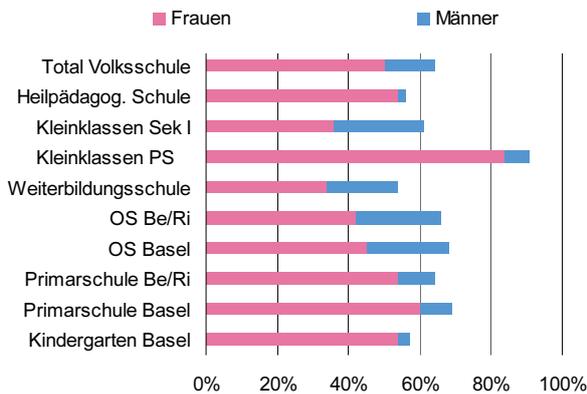
Anteil gemessen am Total der erteilten Lektionen von Frauen/Männern Abb. 3.2.1

Anteil Unterrichtslektionen von Teilzeitbeschäftigten nach Geschlecht und Schulstufe, 2008



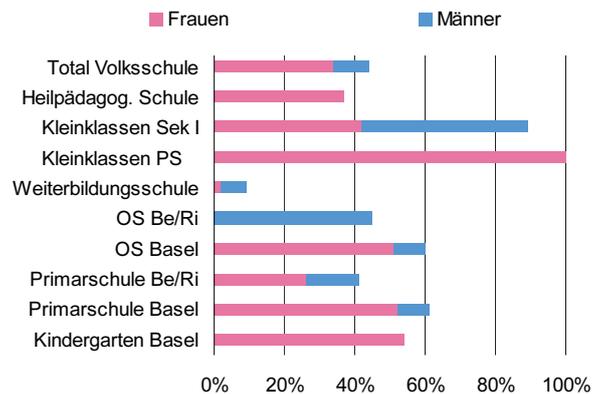
Anteil gemessen am Total der erteilten Lektionen von Frauen/Männern Abb. 3.2.2

Anteil Unterrichtslektionen von Teilzeitbeschäftigten nach Geschlecht und Schulstufe, 2008



Anteil gemessen am Total aller erteilten Lektionen Abb. 3.2.3

Anteil Leitungslektionen von Teilzeitbeschäftigten nach Geschlecht und Schulstufe, 2008



Anteil gemessen am Total aller erteilten Lektionen Abb. 3.2.4

Teilzeitbeschäftigte Frauen: Verhältnis Anteil Leitungs- zum Anteil Unterrichtslektionen nach Schulstufe

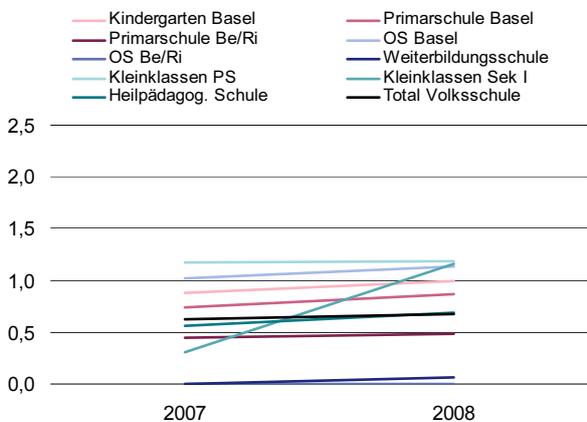


Abb. 3.2.5

Teilzeitbeschäftigte Männer: Verhältnis Anteil Leitungs- zum Anteil Unterrichtslektionen nach Schulstufe

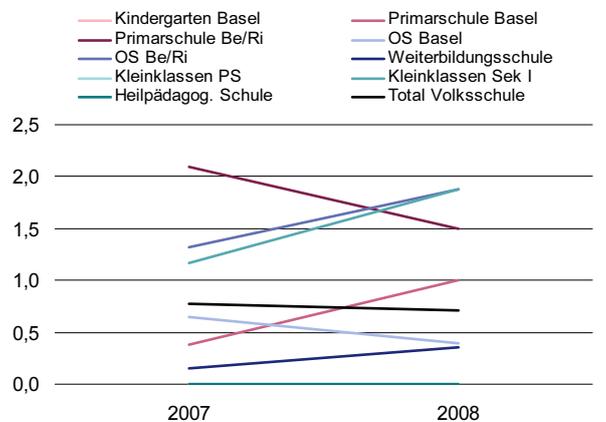


Abb. 3.2.6

3.3 Geschlechteranteile in den Schulhausleitungen der Volksschule

Im Jahr 2008 erteilen Lehrerinnen 68 % aller Schulstunden an der Volksschule Basel-Stadt. Zudem sind ihnen 48 % aller Lektionen zugeteilt, die für Schulhausleitungen zur Verfügung stehen. Gemessen am Unterrichtsvolumen sind weibliche Lehrkräfte in den Schulhausleitungen somit insgesamt unterrepräsentiert. Je nach Schulstufe sieht die Situation aber anders aus: In der heil- und in der sonderpädagogischen Schulung sind sie über-, an der WBS und an der OS Bettingen / Riehen hingegen stark untervertreten.

Ziel: Frauen und Männer sind auf allen Stufen der Bildungsverwaltung ausgewogen vertreten.

abgeleitet aus den Qualitätsstandards zur Gleichstellung (Drehscheibe):

Verwaltung: Frauen und Männer sind auf allen Stufen der Bildungsberufe und in der Bildungsverwaltung ausgewogen vertreten.

Kommissionen, etc.: Bei der Bildung von Kommissionen, Fach- und Arbeitsgruppen und in allen Schulentwicklungsprojekten wird auf Geschlechterparität geachtet.

und aus dem Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt:

Neue Leitungsstruktur für die Volksschule: Schulhausleitungen werden zu lokalen Schulleitungen, die Stufenrektorate wachsen zur Volksschulleitung zusammen und Einführung einer neuen Aufsicht auf Schulhausebene (Schulrat, nebenamtlich), welche Kontakt mit verschiedenen Anspruchsgruppen sicherstellt.

Lehrern und Lehrerinnen der Volksschule Basel-Stadt stehen als Leitungsfunktionen unter anderem Schulhausleitungen offen. In den Abbildungen wird der Frauenanteil dargestellt anhand des Anteils der Lektionen, den Lehrerinnen für Unterricht beziehungsweise für die Schulhausleitung aufwenden. Er kann aufgrund eines Systemwechsels in der Datenerfassung erst ab 2007 ausgewiesen werden. Die Geschlechterverhältnisse in den Rektoraten werden hier nicht berücksichtigt, weil diese in den nächsten Jahren abgeschafft werden, und zwar 2009 an der OS und der WBS und 2011 in Kindergarten und Primarschule.

Im Jahr 2008 erteilen Lehrerinnen 68 % und Lehrer 32 % der Schulstunden an der Volksschule Basel-Stadt (Abb. 3.3.2). Zudem sind Frauen 48 % und Männer 52 % der Lektionen zugeteilt, die für Schulhausleitungen zur Verfügung stehen. Weibliche Lehrkräfte sind somit in den Schulhausleitungen unterrepräsentiert: Das Verhältnis des Anteils der von Frauen ausgeübten Leitungsektionen zu ihrem Anteil der Unterrichtsektionen beträgt 0,7 und ist seit 2007 unverändert (Abb. 3.3.3).

Je nach Stufe sind Lehrerinnen sehr unterschiedlich in den Schulhausleitungen vertreten. An der Heilpädagogischen Schule und an den Kleinklassen auf Primarstufe sind sie überrepräsentiert: Hier unterrichten sie 90 % der Stunden; 100 % der Lektionen für Schulhausleitung sind ihnen zugeteilt. Übervertreten sind sie im Jahr 2008 auch in den Kleinklassen der Sekundarstufe I, wo auf Lehrerinnen 52 % der Unterrichts- und 63 % der Schulhausleitungslektionen fallen. Ähnlich sieht die Situation an der OS Basel aus. Auf weibliches Lehrpersonal kommen 54 % der Unterrichts- und 63 % der Leitungsektionen.

Ganz anders sind die Verhältnisse an der Weiterbildungsschule und an der OS Bettingen / Riehen. Gemessen an der Stundenzahl, sind Frauen 2008 zu fast 50 % im Unterricht und zu lediglich 2 % in der Schulhausleitung tätig. In diesen Schulstufen sind Lehrerinnen in Führungsfunktionen somit stark unterrepräsentiert, wobei sich die Situation für Frauen seit 2007 noch verschlechtert hat.

Erläuterungen:

Schulhausleitung: Im Rahmen der Teilautonomie der Volksschule bilden die Schulhausleitungen die zweite Leitungsebene unterhalb der Rektorate. Ab Schuljahr 2009/2010 greift die vom Volk am 1. Juni 2008 beschlossene Leitungsstrukturreform an der Volksschule.

Quelle:

Administrativdaten zu den Lehrpersonen, Personalabteilung Schulen, Erziehungsdepartement Basel-Stadt.

Tabelle: T3.3.2

Anteil von Frauen ausgeübter Unterrichts- und Leitungslektionen nach Schulstufe, 2007

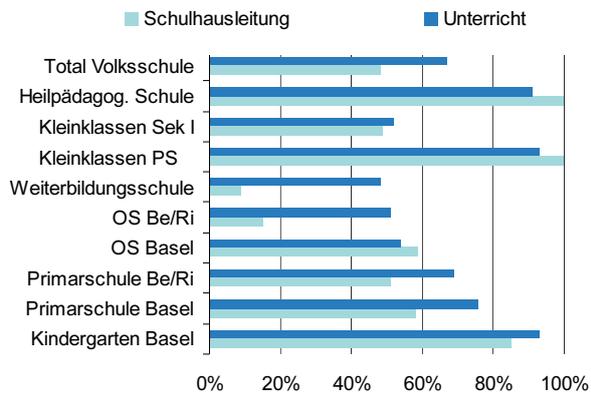


Abb. 3.3.1

Anteil von Frauen ausgeübter Unterrichts- und Leitungslektionen nach Schulstufe, 2008

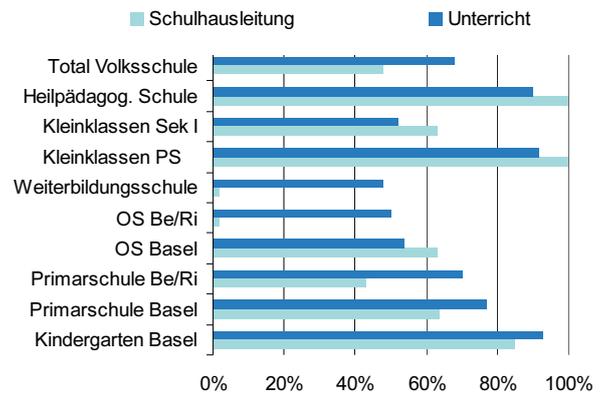


Abb. 3.3.2

Verhältnis des Anteils der von Frauen ausgeübten Leitungslektionen- zu ihrem Anteil der Unterrichtslektionen nach Schulstufe

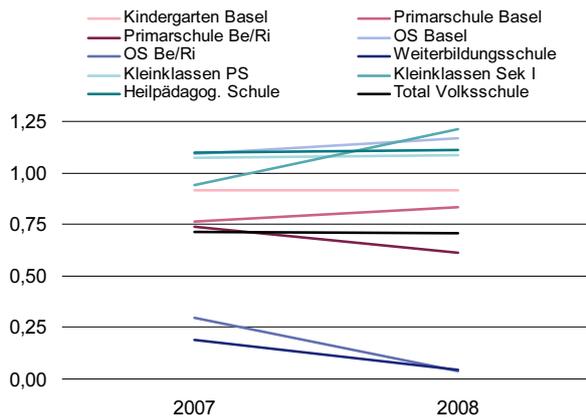


Abb. 3.3.3

3.4 Zufriedenheit der Mitarbeitenden betreffend Berufschancen und Gleichstellung an ihrer Arbeitsstelle im Bildungswesen

Zurzeit ist keine aktuelle basel-städtische Befragung bekannt, anhand derer die Zufriedenheit von Lehrkräften mit den Berufschancen und der Gleichstellung an ihrer Arbeitsstelle über die Zeit untersucht werden könnte.

Ziel: Männer und Frauen haben gleiche Berufschancen und sind als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bildungswesen gleichgestellt.

Datenlage:

Zurzeit ist keine aktuelle basel-städtische Befragung bekannt, in der die Zufriedenheit von Lehrkräften mit den Berufschancen und der Gleichstellung an ihrer Arbeitsstelle erhoben worden wäre. Der Schweizerische Lehrerverband hat 2001 und 2006 seine Mitglieder dazu befragt, wie sie mit ihren beruflichen Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten zufrieden sind (Landert, 2007). Die Ergebnisse sind für die Lehrerschaft der Deutschschweiz repräsentativ. Sie lassen aber keine nach Kanton differenzierten Auswertungen zu. Eine andere Lehrpersonenbefragung wurde zwar in Basel-Stadt zum Thema Arbeitsplatzzufriedenheit durchgeführt. Sie liegt aber bereits ein paar Jahre zurück (2002) und lässt keine Vergleiche über die Zeit zu (Ulich u. a., 2002).

Quelle:

Landert, Charles (2007): Freude am Unterrichten, wenig Lust auf Reformen, in: Bildung Schweiz, Heft 6, S. 6ff.;
Ulich, Eberhard, Inversini, Simone und Marc Wülser (2002): Arbeitsbedingungen, Belastungen und Ressourcen der Lehrkräfte des Kantons Basel-Stadt. Ergebnisse der Analyse. Hrsg. vom Ressort Schulen, Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt.

Kommentar aus Gleichstellungssicht: Bildung und Geschlecht in Basel-Stadt: Zwischen Wandel und Persistenz.

Gender-Budget, Gleichstellungs- und Finanzindikatoren wozu?

Gender-Budgets stellen einen Versuch dar, die Geschlechterperspektive in den staatlichen Finanzprozess einzubeziehen. Mit Gender-Budgets wird zum einen das Geschlecht als Zielkategorie für Investitionen erst sichtbar gemacht und können zum anderen Einnahmen und Ausgaben auf ihre Auswirkung auf die Geschlechter überprüft werden. Dabei geht man in Gender-Budget-Prozessen davon aus, dass die Verteilung von öffentlichen Geldern unterschiedliche Wirkungen auf die Lebensrealität von Frauen und Männern hat. Durch die Plausibilisierung mit Gender-Budgets soll diese Wirkung ein Kriterium für die Regierungs- und Wirtschaftspolitik darstellen. Finanzaktivitäten auf Geschlechtergerechtigkeit auszurichten wird damit ermöglicht oder vereinfacht.

Das Ziel von Gender-Budgets ist es sichtbar zu machen, wie sich die Verteilung von öffentlichen Ausgaben auf die Geschlechter auswirkt. Mit der Erarbeitung der vorliegenden Finanzindikatoren ist der Schritt gelungen, von einer allgemeinen Quantifizierung von Staatsausgaben zu einer aussagekräftigen Komplexität von Indikatoren zu gelangen. Die Entwicklung des Analyseinstrumentes verbunden mit neuer Datenerhebung war aufwendig, aber lohnend. Der Innovationswert ergibt sich einerseits aus der Korrelation von Gleichstellungs- und Bildungszielen mit den zugehörigen Indikatoren und den sich daraus ergebenden Zahlen. Die minimale Standardisierung der Befunde, die Erweiterung der Messkriterien von Geschlecht auf Alter und Herkunft, der Vergleich mit der Stadt Zürich und die im Instrument angelegte Periodizität (Indikatoren im Zeitverlauf) ergänzt die neuartige Kombination. Neue gehaltvolle Analysen und Schlüsse werden dadurch ermöglicht.

Die Auswahl des Bildungsbereichs für die Durchführung dieses Pilotprojektes hat im Wesentlichen zwei Gründe: Bildung ist finanzrelevant und sie ist in hohem Masse gleichstellungsrelevant. Mit rund einem Drittel der Gesamtausgaben stellt die Bildung einen substantiellen Teil der Staatsinvestitionen dar. Darüber hinaus ist die Bildung ein weites und aufschlussreiches Feld für die Beurteilung von Gleichstellungsbemühungen. Der Bildungsstand stellt einen probaten Indikator für die soziale Integration der Individuen und für die Verhinderung von sozialer Ungleichheit dar. Die Auswirkungen von Bildung spielen somit im individuellen, wie auch im gesellschaftlichen Leben eine gewichtige Rolle. An den

Entwicklungen in diesem Bereich lassen sich deshalb besonders gut Persistenz und Wandel in den Geschlechterverhältnissen darstellen.

Kapitel 1: Alle Schülerinnen und Schüler nehmen gleiche Ausbildungschancen auf einem hohen Niveau wahr

Frauen haben in der Bildung in den letzten Jahrzehnten aufgeholt. Alles in allem haben Bildungsexpansion und Gleichstellungsbemühungen in diesem Bereich einen Ausgleich zwischen den Geschlechtern geschaffen. Diese allgemeine Tendenz wird auch im vorliegenden Indikatorenbericht deutlich. Insbesondere das Bildungsniveau von Frauen und Männern hat sich angeglichen.¹ Ebenso zeigt die Leistungskapazität von Knaben und Mädchen keine erheblichen Unterschiede mehr. Wenn auch in der Überprüfung von Standards die geläufige Persistenz feststellbar ist, wonach die mathematischen Fähigkeiten zugunsten der Jungen ausschlagen, während die sprachliche Begabung zum Vorteil der Mädchen gereicht.²

Dennoch gibt der Kanton Basel-Stadt für die Bildung seiner Kantonsangehörigen im Schnitt jährlich noch immer 9'000 Franken pro Kopf mehr für Männer als für Frauen aus. Die Hauptgründe: 1. Hochschulen: Frauen studieren weniger lang als Männer. 2. Berufswahl: Die Segregation in der Berufswahl wirkt sich finanziell aus. 3. Sonderschulen: Ausgaben für Männer sind doppelt so hoch wie für Frauen.

Brennpunkt der Gleichstellungsbemühungen bei den Ausbildungschancen bleiben deshalb einerseits die geschlechtersegregierte Berufswahl und andererseits die gebremsten Bildungskarrieren von Frauen im Hochschulbereich. Ein Augenmerk ist ferner auf die Verteilung von Mitteln bei Sonderschulung und Förderung von Schülern und Schülerinnen zu richten.

Der unterschiedliche Bedarf an integrativer Förderung je nach Geschlecht und Alter zeigt, dass die Lebensverläufe von Frauen und Männern schon in der Kindheit und Jugend unterschiedlich erfolgen. Während die Knaben die Förderung in Primar- und Orientierungsschule wie auch in den Übergängen zwischen Schultypen und Bildungsinstitutionen stärker beanspruchen, tun dies die Mädchen nur zu einem späteren Zeitpunkt in der Weiterbildungsschule. Dies wirft die Frage auf, ob der unterschiedliche Bedarf einem Geschlechtsunterschied bei

Fussnoten:

¹Anzumerken ist an dieser Stelle, dass der Bildungsstand der 25-34-Jährigen nur bedingt Aussagen über die Performance des Basler Bildungssystems zulässt, zumal nicht alle Kantonsangehörigen dieser Altersgruppe auch in Basel zur Schule gegangen sind und ihre Ausbildung hier absolviert haben. Dennoch lässt sich daraus schliessen, welchen Bildungsstand Männer und Frauen in Basel durchschnittlich haben. Es handelt sich generell um einen bedeutenden Indikator für die allgemeinen Veränderungen des Bildungsstandes mit Bezug auf das Geschlecht.

²Dass sich in der Weiterbildungsschule nur Unterschiede in Mathematik ergeben, nicht aber in Deutsch, könnte darauf zurückzuführen sein, dass die (sprachstarken) Schweizer Mädchen bereits in die Gymnasien übergetreten sind.

den Reifeverläufen zuzurechnen ist oder ob das Schulsystem mit seinen spezifischen Mechanismen der Zuweisung die geschlechter- und herkunftsspezifische Nachfrage mit verursacht. Eine begleitende wissenschaftliche Untersuchung bei der Einführung integrativer Fördermassnahmen ist sehr wünschenswert. Fragen nach der Verteilung von Lernhilfen und Begabungsförderung zwischen den Geschlechtern müssen fundiert geklärt werden, um die geschlechtsspezifische Systemwirkung auf die Bildungs- und Entwicklungsverläufe von Mädchen und Jungen zu eruieren. Die Resultate könnten den Weg zu einer chancengleichen und geschlechtergerechten Schule ebnen.

Mit dem Ausbau der Fachhochschulen in den letzten Jahren wird im Ansatz ein Trend der Geschlechterzuteilung zu Fachhochschulabschlüssen bei Männern einerseits und zu universitären Abschlüssen bei Frauen andererseits sichtbar. Gerade weil diese Entwicklungen neu sind, empfiehlt es sich, diesen Bereich im Zeitverlauf der nächsten Jahre differenzierter zu beobachten.

Fassen wir den Chancengleichheits- und Gleichstellungsauftrag breiter als nur als Gleichstellung der Geschlechter auf, so legt auch dieser Bericht dar, dass in den Bildungschancen signifikante Ungleichheit nicht mehr in erster Linie zwischen Frauen und Männern zu finden ist, sondern zwischen deutsch- und fremdsprachigen Jugendlichen.³ So kosten junge Ausländer und AusländerInnen in der Volksschule und im Übergang zur Sekundarstufe mehr, im postobligatorischen Bereich, der viel ausgabenrelevanter ist, kosten sie wesentlich weniger als Schweizer und Schweizerinnen. Vor allem ausländische Jugendliche sind denn auch vom Problem fehlender postobligatorischer Bildung betroffen. Ein Blick auf die demographische Zusammensetzung des Kantons zeigt, dass die Benachteiligung der fremdsprachigen Bevölkerung von besonderer Brisanz ist.⁴ Es wird in Zukunft eine wichtige Herausforderung bleiben, Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Bildung und durch die Bildung dieselben Chancen wie den Einheimischen zu ermöglichen. Dabei kann auf die Erfahrungen der Geschlechtergleichstellung zurückgegriffen werden, die sich gerade im Bildungsbereich ausgezeichnet bewährt haben.

Kapitel 2: Das Bildungswesen ist so strukturiert, dass Eltern Beruf und Familie vereinbaren können

Die Zielvorgabe, das Bildungswesen und im Speziellen die Schulen so zu strukturieren, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleistet wird, ist in Basel-Stadt ein relativ junges Ansinnen.⁵ Arbeitgebende, Politik und Verwaltung haben in den letzten Jahren die Anstrengungen in diesem Bereich merklich verstärkt. So ist der vom Kanton vorangetriebene allgemeine Ausbau der Tagesstrukturen seit dem Jahr 2000 bemerkenswert: Die Ausgaben des Kantons für die Tagesbetreuung haben um knapp 30% zugenommen. Insbesondere sind die öffentlichen Ausgaben seit 2003 mit dem Ausbau von Mittagstischen um das Achtfache gestiegen. Die Tagesbetreuungsplätze haben von 2002 bis 2006 von 1700 auf 2300 um ein Drittel zugenommen. Mit 4600 Kindern (von 0 bis 13 Jahren), beanspruchen fast doppelt so viele Kinder im 2006 Tagesbetreuung wie noch im 2002 mit 2500 Kindern. Parallel dazu ist auch der Versorgungsgrad der Basel-städtischen Kinder von 11% im Jahr 2002 auf 17% im Jahr 2006 gestiegen. Eine Aufstockung haben auch die Plätze in den Schulen mit Tagesstrukturen erfahren: Im Jahr 2007 gibt es in Basel insgesamt 244 Plätze in Schulen mit Tagesstrukturen. D.h. es steht ein Platz für 2% aller in Basel-Stadt wohnhaften Kinder im Schulalter zur Verfügung.

Die Investitionen des Kantons für den Ausbau der Tagesstrukturen sind aus Gleichstellungssicht sehr begrüssenswert. Die Zahlen zeigen aber auch, dass die Tendenz der Nachfrage deutlich steigt und dass der Versorgungsgrad von nur 2% der Schülerinnen und Schüler eindeutig zu gering ist.

Insbesondere der Vergleich mit der Stadt Zürich weist darauf hin, dass in der Betreuung von Schülerinnen und Schülern in Basel-Stadt ein starker Nachhol- und Handlungsbedarf besteht. Dass sich die Stadt Zürich Kinder im 2006 mit 2296 Franken fast doppelt so viel kosten lässt wie Basel-Stadt mit 1263 Franken und im Schulbereich sogar dreimal mehr pro Kopf investiert, kann nicht nur auf die höheren Kosten im Vergleich zu Basel-Stadt zurückgeführt werden. Vielmehr zeigt sich im Vergleich der Städte für die Ausgaben im Schulbereich und deren Wirkung eine bestechende Kongruenz von höheren Kosten pro Schulkind (ZH: 2'811Fr./BS: 969Fr.) mit dem höheren Versorgungsgrad (ZH: 35%/BS: 16%) mit der

Fussnoten:

³Dies zeigt auch der Trendbericht der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung: Coradi Vellacott, Maja/Wolter, Stefan C. (2005): Chancengerechtigkeit im schweizerischen Bildungswesen, Trendbericht 9 SKBF.

⁴Mit 35,0 Jahren ist das Durchschnittsalter der ausländischen Bevölkerung in Basel deutlich tiefer, als das der SchweizerInnen mit 46,9 Jahren. Der Anteil ausländischer Kinder und Jugendlicher schwankt zwischen 43% (0-4-Jährige) und 31% (15-19-Jährige). Dieser Anteil ist noch höher, wenn Eingebürgerte dazu gezählt werden (vgl. Kennzahlen zur Integration in Basel-Stadt 2006, Statistisches Amt 2008).

⁵Das Tagesbetreuungsgesetz vom 17. September 2003 löst das alte ab, worin nur vorgesehen war, dass Kinder, deren Eltern nicht in der Lage waren den Erziehungspflichten nachzukommen, ein Recht auf Betreuung hatten. Im Kommentar zum neuen Gesetz steht hingegen § 1: „Die familienergänzende Tagesbetreuung von Kindern orientiert sich am Wohl und den Bedürfnissen der Kinder, der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten sowie den Bedürfnissen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.“ Damit wird der Situation von Familien und Arbeitgebenden Rechnung getragen. Der Staat anerkennt damit auch seine Verantwortung, aktiv bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen.

höheren Erwerbsquote von Frauen (ZH: 61%/BS: 52%)⁶ mit der höheren Elternzufriedenheit mit dem Kinderbetreuungsangebot (ZH: 72,8%/BS: 65,2%).

Die Verbindung von Finanzkennzahlen mit der „finanziell unsichtbaren“ weil unbezahlten Arbeit ist ein fundamentales Ziel von Gender-Budget-Prozessen. Die Resultate in diesem Kapitel zeigen, dass staatliche Investitionen die unbezahlte Arbeit gezielt entlasten können. Bei der Investition in die Betreuung von Kindern bedeutet dies, dass einerseits die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter und Väter damit merklich verbessert wird und andererseits, dass mit der Einführung von Tagesschulen und Betreuungsangeboten die Bildungschancen vieler Kinder und Jugendlicher erhöht werden. Die Entwicklungen in den letzten Jahren weisen darauf hin, dass die Schule der Zukunft nicht mehr nur ein Ort der Wissensvermittlung sein wird, sondern der Ort, an dem Kinder und Jugendliche den grössten Teil ihres Tages verbringen. Mit dem allgemeinen Ausbau der Tagesstrukturen an den Basler Schulen können deshalb gleich zwei wichtige Ziele verfolgt werden: Die Vereinbarung von Beruf und Familie und ein hohes Bildungsniveau. Diese Ziele richten sich primär an die direkten Abnehmer und Abnehmerinnen von Bildung, an Eltern und ihre Kinder, verfolgen aber ein weiterreichendes gesellschaftspolitisches Ziel: Chancengleichheit in der Bildung als elementare Voraussetzung für Wachstum und Entwicklung.

Kapitel 3: Frauen und Männer sind im Bildungswesen gleichgestellt

Im Unterrichtswesen liegt Basel-Stadt mit einem Lohnunterschied von 2% zu ungunsten der Frauen unter dem tolerierbaren Lohnunterschied von 5%. Das ist grundsätzlich eine gute Nachricht. Gleichwohl können die Erklärungen dieses relativ geringen Unterschiedes aufschlussreich für die Gleichstellung zwischen Lehrerinnen und Lehrern sein. Der Lohnunterschied erklärt sich nämlich aus der Übervertretung von Frauen auf den tieferen, weniger gut bezahlten Schulstufen. Auch an den Berufsfachschulen lässt sich der Unterschied mit der Überrepräsentation von Lehrerinnen im Unterricht von schlechter bezahlten frauendominierten Berufen deuten. So entfaltet die bei der Berufswahl von Mädchen und Knaben beobachtete Ungleichheit ihre Wirkung bis in die Führungsetagen und auf dem gesamten Arbeitsmarkt, auch in den Unterrichtsberufen.

Die Aufstiegschancen für Frauen in Schulleitungen und Volksschulleitung sind geringer als für Männer. Während Frauen 68% aller Schulstunden an der Volksschule erteilen, besetzen sie nur 48% der Leitungslektionen. Noch prekärer sieht es an der Weiterbildungsschule und an der OS Bettingen/Riehen aus. Hier sind Frauen nur

gerade mit 2% in der Schulhausleitung vertreten, während sie 50% der Unterrichtslektionen bestreiten. In den öffentlichen Diskussionen zur sog. „Feminisierung der Bildung“ wird dem Umstand, dass in den Leitungsstrukturen der Bildungsinstitutionen vorwiegend Männer das Sagen haben, nicht Rechnung getragen. Bei den tatsächlichen Aufstiegschancen für Frauen in der Volksschule herrscht Gleichstellungsbedarf. Es ist unerlässlich, diesem Umstand in der anstehenden Reform der Leitungsstrukturen in der Volksschule Rechnung zu tragen. Jobsharing auf Leitungsebene könnte ein erprobtes Mittel darstellen, um mehr Frauen in die Schulleitungen zu bewegen.

Die im Vergleich zu den Männern überproportionale Teilzeitbeschäftigung von Frauen in den Schulen trägt zwar zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei, zeitigt bei der Verteilung von Führungspositionen aber ihre Wirkung. Frauen und Männer verharren dementsprechend in den gängigen Rollen: Frauen vereinbaren Beruf und Familie auf Kosten ihres persönlichen beruflichen Aufstiegs. Männer nehmen die Vereinbarkeitsmöglichkeit unvergleichlich weniger oft wahr und erlangen so grössere Karriereaussichten. Die aktive Förderung von Jobsharing-Modellen auch auf Leitungsebene kann diese traditionelle Geschlechterrolle in der Volksschule entschärfen und damit ein hervorragendes Vorbild für vereinbarkeitsfreundliche Leitungsstrukturen einerseits und für fortschrittliche Geschlechterrollen andererseits bieten.

Die Resultate des vorliegenden Indikatorenberichts zeigen Handlungsbedarf auf und geben Hinweise auf die Handlungsrichtung. Damit Gender-Budgets als Controlling- und Steuerungsinstrument wirksam werden können, müssen sie aber durch Forschungsergebnisse ergänzt werden, die vermutete Kausalitäten klären können. Abschliessend lässt sich sagen, dass die erarbeiteten Gleichstellungs- und Finanzindikatoren Aufschluss darüber geben, wo und wie Gleichstellung und Chancengleichheit im Bildungsbereich gemessen werden können. Dazu sind die klassischen Indikatoren wie Zugang zu Bildung, Leistung, Erwerbschancen und Lohn nach der Ausbildung weiterhin ausschlaggebend. Die Zahlen zur Verteilung von staatlichen Ressourcen im Bildungsbereich machen darüber hinaus aber klar, wie diese klassischen Indikatoren von den staatlichen Investitionen beeinflusst werden können. Sichtbar wird auch, wo die Bildungsbemühungen für Gleichstellung und Chancengleichheit an Grenzen stossen: Die Segregation des Arbeitsmarktes und die ungleiche Verteilung von Führungspositionen lässt sich offensichtlich nicht alleine durch Massnahmen in der Bildung eindämmen.

Inés Mateos

Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern
Abteilung Gleichstellung und Integration Basel-Stadt

Fussnoten:

⁶Für die Erwerbsquote werden alle Frauen gezählt, die in irgendeiner Form einer Erwerbsarbeit nachgehen (ab 1 Stunde pro Woche). Deshalb lässt sich nicht zeigen, dass vor allem Mütter mit ihrer Teilzeitbeschäftigung und allen daraus resultierenden finanziellen und arbeitsmarktlichen Nachteilen die unbezahlte (Betreuungs-)Arbeit tragen.

Anhang A1: Expertinnen und Experten

1. Begleitgruppe

Kathrin Schmocker, Erziehungsdepartement

Peter Nietlispach, Erziehungsdepartement

Peter Schwendener, Finanzverwaltung

Bärbel Kürzl, Zentrale Personaldienste

Madeleine Imhof, Statistisches Amt

Christian Egeler, Grosser Rat

Brigitta Gerber, Grosser Rat

Inés Mateos, Fachstelle Gleichstellung von Frauen und Männern

Gabriella Matefi, Frauenrat

Esther Kamm, Hochschule für Soziale Arbeit

2. Vernehmlassung

Vernehmlassung I

Daniele Agnolazza, Bildungskoordination, Erziehungsdepartement

Christoph Bürgi, Statistisches Amt des Kantons Zürich

Bruno Gadola, Rektor Kleinklassen und Integrative Schulungsformen

Ueli Keller, Bildungskoordination, Leitung Lebensraum Schule, Erziehungsdepartement

Pierre Weber, Fachstelle Tagesbetreuung, Abteilung Jugend- und Familienangebote, Erziehungsdepartement

Elsbeth Zurfluh, Pädagogische Dienste, Sonderpädagogik, Erziehungsdepartement

Vernehmlassung II

Hermann Amstad, Grossrat SP

Silvia Grossenbacher, Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Aarau

Karin Grütter, bildbar

Mascha Madörin, freischaffende Ökonomin

Andrea Maihofer, Leitung Zentrum Gender Studies, Universität Basel

Hans-Georg Signer, Leiter Bildung, Erziehungsdepartement

Anhang A2: Methode

1. Budgetinzidenzanalyse (Indikator 1.1.1)

In der Budgetinzidenzanalyse werden die nach Aufgabengebieten gegliederten Ausgaben des Kantons Basel-Stadt auf alle primären Leistungsempfänger und -empfängerinnen verteilt, die im Kanton Basel-Stadt wohnhaft sind. In der Bildung sind dies die in Schüler und Schülerinnen respektive Studierenden. Im Folgenden werden am Beispiel des Aufgabenbereichs Hochschulen im Jahr 2000 die Kennzahlen erläutert, die im Text erwähnt sind:

Ausgaben des Kantons: Sie entsprechen dem Nettofinanzbedarf (=Ausgaben minus Einnahmen (laufende und Investitionen)) gemäss funktionaler Gliederung der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Im Jahr 2000 betragen sie im Bereich Hochschulen 116 Mio. Franken.

Durchschnittliche Ausgaben pro Schüler und Schülerin: Sie ergeben sich, wenn die Ausgaben durch die Anzahl der in Basel-Stadt wohnhaften Schüler und Schülerinnen dividiert werden. Im Bereich Hochschulen werden die 116 Mio. Fr. Nettofinanzbedarf durch die 1 583 Basel-Städtischen Studierenden geteilt. Die durchschnittlichen Ausgaben betragen 73 000 Fr. im Jahr 2000.

Anteil Schüler und Schülerinnen an der Bevölkerung: Er zeigt, wie stark einzelne Bevölkerungsgruppen (nach Alter, Staatsangehörigkeit und Geschlecht) in einer Ausbildungsstufe vertreten sind. Im Bereich Hoch-

schulen sind 21-jährige Schweizer und Schweizerinnen am stärksten vertreten. 11,1 % der in Basel-Stadt wohnhaften 21-jährigen Schweizer und 10,2 % der gleichaltrigen Schweizerinnen besuchen eine Hochschule (Abb. 1.1.6).

Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung: Sie werden berechnet, indem die durchschnittlichen Ausgaben pro Schüler und Schülerin mit dem Anteil der Schüler und Schülerinnen an der Bevölkerung multipliziert werden und zwar für jedes Altersjahr der Schweizerinnen, Schweizer, Ausländerinnen und Ausländer. Im Bereich Hochschulen betragen die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für 21-jährige Schweizer 8 110 Franken (=73 000 * 11,1 %) und für die gleichaltrigen Schweizerinnen 7 496 Franken (=73 000 * 10,2 %).

Um die Pro-Kopf-Ausgaben für eine Bevölkerungsgruppe zu erhalten, in denen der altersabhängige Anteil der Klientel an der Bevölkerung berücksichtigt ist, werden die Pro-Kopf-Ausgaben jedes Altersjahres addiert. Im Bereich Hochschulen betragen die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für in Basel-Stadt wohnhafte Schweizer 72 000 Franken und für Schweizerinnen 60 000 Franken (... + 7 500 Fr. für 21-Jährige + 7 000 Fr. für 22-Jährige + 4 500 Fr. für 23-Jährige + ...). Die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für Frauen entsprechen dem gewichteten Mittel der Pro-Kopf-Ausgaben für Schweizerinnen und Ausländerinnen (analoge Berechnung für Männer).

2. Öffentlicher Finanzierungsgrad und Versorgungsgrad im Bereich Tagesbetreuung (Indikatoren 2.1 bis 2.3)

Das Statistische Amt des Kantons Zürich hat für alle Gemeinden des Kantons den Kinderbetreuungsindex berechnet (siehe www.kinderbetreuung.zh.ch). Dieser basiert auf den beiden Indikatoren *Öffentlicher Finanzierungs-* und *Versorgungsgrad*. Das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt hat diese Indikatoren für den vorliegenden Bericht analog dazu für Basel-Stadt konstruiert und mit den Werten der Stadt Zürich verglichen.

In Basel-Stadt werden die in Tab. 4.2.2 aufgelisteten berufscompatiblen familienergänzenden Betreuungsangebote berücksichtigt. Es handelt sich dabei um Formen der institutionalisierten Tagesbetreuung, die eine Halbtagesarbeit der Eltern zulassen (mind. 4 Stunden):

Berufscompatible familienergänzende Betreuungsangebote im Kanton Basel-Stadt

Vorschulbereich

Subventionierte Tagesheime
nicht subventionierte Tagesheime
Firmenkrippen
Tagesfamilien

Schulbereich

Subventionierte Tagesheime
nicht subventionierte Tagesheime
Firmenkrippen
Tagesfamilien
Schulen mit Tagesstrukturen (= Tagesschulen)
Schulergänzende Tagesstrukturen (Mittagstische und Nachmittagsangebote)
Blockzeiten an Schulen

Der Vorschulbereich bezieht sich auf Kinder bis und mit Kindergarten (0 bis 5 Jahre) und der Schulbereich auf Kinder von 6 bis 13 Jahre.

Tab. 4.2.2

Öffentlicher Finanzierungsgrad

Der Öffentliche Finanzierungsgrad misst den Betrag, den die öffentliche Hand pro Kind in familienergänzende Betreuung investiert. Berücksichtigt sind folgende Ausgaben des Kantons Basel-Stadt:

- Leistungen des Kantons an staatlich subventionierte Tagesheime inklusive Beitrag von Riehen sowie Elternbeitragsergänzungen für Kinder, die nicht in staatlich subventionierten Tagesheimen betreut werden. In diesen Leistungen sind Liegenschaftskosten und einmalige Investitionen enthalten.
- Beiträge an Tagesfamilien
- Betriebskosten minus Elternbeiträge von Tagesschulen (inklusive geschätzter jährlicher Mietzins von Liegenschaften)
- Beiträge für Mittagstische, Nachmittagsangebote und Tagesferien (inklusive geschätzter jährlicher Mietzins von Liegenschaften)
- Beiträge für Spiel- und Bastelhorte
- Ausgaben zur Finanzierung der obligatorischen Blockzeiten sind *nicht* enthalten.

Die öffentlichen Beiträge an Tagesheime und Tagesfamilien werden aufgrund des Alters der betreuten Kinder und ihrem Belegungsfaktor auf den Vorschul- und den Schulbereich verteilt.

Versorgungsgrad

Der Versorgungsgrad berechnet sich als – gewichtete – Anzahl Plätze pro Kind, das im Kanton Basel-Stadt wohnhaft ist. Dies entspricht nicht der Berechnung, wie sie von der Verwaltung üblicherweise verwendet wird

und zwar als Anzahl betreute Kinder an allen im Kanton wohnhaften Kindern. Werden die betreuten Kinder durch alle Kinder dividiert, ist nicht genügend klar ersichtlich, ob eine Erhöhung des Versorgungsgrads auf einen Ausbau der Plätze oder nur auf eine Erhöhung des Belegungsfaktors (= Verringerung des Betreuungsgrads) zurückgeführt werden kann.

Nicht alle Typen der Betreuungsangebote tragen gleichwertig zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. So ist beispielsweise ein Mittagstisch weniger berufscompatibel als ein Platz in einer Tagesschule. Aus diesem Grund werden die Angebote mit verschiedenen Gewichtungsfaktoren versehen:

Gewichtung der Betreuungsangebote	
Betreuungsangebot	Gewichtungsfaktor
Tagesheime	1
Tagesfamilien	1
Tagesschulen	1
Mittagstische	0,5
Nachmittagsbetreuung	0,4
Blockzeiten	0,1

Tab. 4.2.3

Der Gewichtungsfaktor für Blockzeiten von 0,1 erscheint tief. Solange für Basel-Stadt derselbe Faktor verwendet wird wie für die Stadt Zürich, ist aber die Vergleichbarkeit gewährleistet.

Die Plätze von Mittagstischen und Nachmittagsangeboten werden zusätzlich auf 230 Betriebstage standardisiert, um die unterschiedlichen Öffnungszeiten auszugleichen.

Anhang A3: Tabellen

T1.1.1 - Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung nach funktionalem Bereich, Geschlecht und Staatsangehörigkeit in BS 2000

	Sonderschulen	Industriell-gewerbl. Berufsausbildungen	Pflege- und Sozial- berufsausbildungen	Maturitätsschulen	Hochschulen	Bildung Total
Total	21 000	16 000	9 000	22 000	53 000	307 000
Frauen	15 000	9 000	15 000	25 000	49 000	303 000
Männer	29 000	24 000	3 000	20 000	55 000	312 000
Schweizer Frauen	12 000	11 000	18 000	29 000	60 000	316 000
Schweizer Männer	23 000	25 000	4 000	25 000	72 000	325 000
Ausländische Frauen	24 000	3 000	6 000	12 000	14 000	262 000
Ausländische Männer	42 000	22 000	2 000	8 000	19 000	283 000

T1.2.1 - Anteil Schüler und Schülerinnen in integrativen Schulungsformen nach Schulstufe und Geschlecht in BS 2006

	Schülerinnen	Schüler	Total
Primarschule	6,5%	7,8%	7,2%
Orientierungsschule	16,7%	23,3%	20,0%
Weiterbildungsschule	5,3%	3,6%	4,4%
Total	9,3%	11,6%	10,5%

Erfasst sind nur Schulkinder mit Lerndefiziten, keine Kinder mit Behinderungen.

T1.2.3 - Anteil Schüler und Schülerinnen in Kleinklassen, Fremdsprachigenklassen und Sonderschulen nach Kanton

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Basel-Stadt: Anteil Schülerinnen								
Kleinklassen	3,7%	3,7%	3,9%	3,9%	4,1%	3,8%	2,5%	...
Fremdsprachigenklassen	1,4%	1,5%	1,3%	1,1%	1,0%	0,9%	0,8%	...
Sonderschulen	2,1%	2,2%	2,4%	2,4%	2,4%	2,4%	2,5%	...
Basel-Stadt: Anteil Schüler								
Kleinklassen	6,9%	7,0%	6,9%	6,5%	6,8%	6,3%	4,6%	...
Fremdsprachigenklassen	1,3%	1,4%	1,6%	1,1%	1,0%	1,1%	0,9%	...
Sonderschulen	3,2%	3,1%	3,5%	3,6%	3,6%	3,7%	3,9%	...
Basel-Landschaft: Anteil Schülerinnen								
Kleinklassen	5,0%	5,1%	5,3%	5,9%	6,0%	6,3%	6,1%	...
Fremdsprachigenklassen	0,3%	0,2%	0,2%	0,3%	0,3%	0,4%	0,2%	...
Sonderschulen	1,1%	1,2%	1,3%	0,9%	1,1%	1,0%	1,1%	...
Basel-Landschaft: Anteil Schüler								
Kleinklassen	7,5%	7,7%	7,5%	8,2%	8,7%	9,1%	8,8%	...
Fremdsprachigenklassen	0,3%	0,3%	0,3%	0,3%	0,2%	0,2%	0,2%	...
Sonderschulen	1,8%	2,1%	2,3%	2,0%	2,1%	1,9%	1,9%	...
Zürich: Anteil Schülerinnen								
Kleinklassen	2,9%	3,0%	2,8%	2,9%	2,8%	2,6%	2,2%	...
Fremdsprachigenklassen	0,9%	0,7%	0,7%	0,6%	0,6%	0,5%	0,4%	...
Sonderschulen	1,3%	1,3%	1,3%	1,4%	1,4%	1,5%	1,5%	...
Zürich: Anteil Schüler								
Kleinklassen	4,9%	5,0%	4,9%	4,9%	4,7%	4,4%	3,7%	...
Fremdsprachigenklassen	0,9%	0,7%	0,6%	0,6%	0,5%	0,4%	0,3%	...
Sonderschulen	2,3%	2,5%	2,5%	2,7%	2,7%	2,9%	2,9%	...

Schüler und Schülerinnen der obligatorischen Schule.

T1.4.3 - 25- bis 34-Jährige nach Bildungsniveau und Geschlecht in BS

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Frauen								
Sekundarstufe I	(10,6%)	(13,7%)	(13,0%)	(14,1%)	10,8%	11,5%	11,1%	...
Sekundarstufe II	59,3%	59,6%	59,2%	58,0%	55,3%	52,0%	47,0%	...
Tertiärstufe	30,1%	26,7%	27,8%	28,0%	33,9%	36,5%	41,9%	...
Männer								
Sekundarstufe I	(7,9%)	(12,8%)	(13,4%)	(13,8%)	(8,5%)	(10,4%)	(12,0%)	...
Sekundarstufe II	49,0%	51,2%	49,2%	49,4%	49,9%	51,9%	49,4%	...
Tertiärstufe	43,1%	36,1%	37,4%	36,8%	41,6%	37,7%	38,6%	...

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, BFS. Gleitende Dreijahresmittel. Statistisch unsichere Werte werden in Klammern dargestellt.

T2.1.1 - Öffentliche Ausgaben für die Tagesbetreuung nach Angebot in Basel-Stadt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Tagesheime inkl. Beitrag Riehen	16 835 000	16 250 000	16 735 000	17 412 000	19 026 000	18 530 000	19 056 000
Tagesfamilien	690 000	721 000	1 117 000	985 000	1 023 000	1 147 000	1 250 000
Subventionierte Betreuung zu Hause	310 000	320 000	350 000	436 000	346 000	232 000	276 000
Schulen mit Tagesstrukturen	2 298 000	2 397 000	2 537 000	2 541 000	2 651 000	2 627 000	2 666 000
Schulergänzende Tagesstrukturen	-	-	-	343 000	1 200 000	1 485 000	2 785 000
Spiel- und Bastelhorte	300 000	300 000	300 000	300 000	300 000	300 000	300 000
Total	20 433 000	19 988 000	21 039 000	22 017 000	24 546 000	24 321 000	26 333 000

T2.1.3 - Finanzierungsgrad in Basel-Stadt und in der Stadt Zürich

	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgaben des Kantons Basel-Stadt für Tagesbetreuung					
Vorschule	12 324 000	12 909 000	14 762 000	14 209 000	14 661 000
Schule	8 715 000	9 108 000	9 784 000	10 112 000	11 672 000
Total	21 039 000	22 017 000	24 546 000	24 321 000	26 333 000
In Basel-Stadt wohnhafte Kinder am Jahresende					
Vorschule	9 167	9 160	9 073	9 070	9 012
Schule	12 865	12 614	12 441	12 097	11 841
Total	22 032	21 774	21 514	21 167	20 853
Finanzierungsgrad im Kanton Basel-Stadt					
Vorschule	1 344	1 409	1 627	1 567	1 627
Schule	677	722	786	836	986
Total	955	1 011	1 141	1 149	1 263
Finanzierungsgrad in der Stadt Zürich					
Vorschule	...	1 390	1 410	1 754	1 679
Schule	...	2 386	2 408	2 619	2 811
Total	...	1 938	1 955	2 219	2 296

Zur Berechnung des Finanzierungsgrads: Siehe Methodenbeschrieb im Anhang.

T2.1.5 - Elternbeiträge nach Angebot in Basel-Stadt

	2002	2003	2004	2005	2006
Tagesheime	...	6 909 000	7 161 000	8 132 000	8 495 000
Tagesfamilien	...	527 000	330 000	439 000	531 000
Schulen mit Tagesstrukturen	568 000	569 000	604 000	563 000	656 000
Schulergänz. Tagesstrukturen ¹	-	228 000	388 000	453 000	626 000
Total	...	8 233 000	8 483 000	9 586 000	10 308 000

¹ ohne Tagesferien.

T2.1.6 - Anteil der Elternbeiträge an den Gesamtkosten nach Betreuungsangebot in Basel-Stadt

	2003	2004	2005	2006
Tagesheime	28%	27%	30%	31%
Tagesfamilien	35%	24%	28%	30%
Schulen mit Tagesstrukturen	18%	19%	18%	20%
Schulergänz. Tagesstrukturen ¹	40%	24%	24%	20%
Total	27%	26%	28%	28%

¹ ohne Tagesferien.

T2.2.1 - Betreute Kinder nach Tagesbetreuungsangebot, Vorschul- und Schulbereich in Basel-Stadt

	2002	2003	2004	2005	2006
Vorschul- und Schulbereich					
Subventionierte Tagesheime	1 249	1 311	1 551	1 603	1 640
Nicht subventionierte Institutionen	613	617	525	517	502
Firmenkrippen	158	235	312	389	466
Tagesfamilien	239	286	177	163	173
Subventionierte Betreuung zu Hause	73	108	90	57	77
Schulen mit Tagesstrukturen	180	180	192	196	197
Schulergänz. Tagesstrukturen	–	811	995	1 240	1 575
Blockzeiten in Schulen	10 017	15 307	15 168	14 787	14 419
Total	12 529	18 855	19 010	18 952	19 049
Total ohne Blockzeiten in Schulen	2 512	3 548	3 842	4 165	4 630
Vorschulbereich					
Subventionierte Tagesheime	823	874	1 102	1 125	1 148
Nicht subventionierte Institutionen	551	561	476	474	465
Firmenkrippen	157	232	308	383	458
Tagesfamilien	151	180	112	103	109
Subventionierte Betreuung zu Hause	73	108	90	57	77
Schulen mit Tagesstrukturen	–	–	–	–	–
Schulergänzende Tagesstrukturen	–	–	–	–	–
Total (ohne Blockzeiten)	1 755	1 955	2 087	2 142	2 257
Schulbereich					
Subventionierte Tagesheime	426	438	449	478	492
Nicht subventionierte Institutionen	62	56	49	43	37
Firmenkrippen	1	3	4	6	8
Tagesfamilien	88	106	65	60	64
Subventionierte Betreuung zu Hause	–	–	–	–	–
Schulen mit Tagesstrukturen	180	180	192	196	197
Schulergänzende Tagesstrukturen	–	811	995	1 240	1 575
Blockzeiten	7 314	12 614	12 441	12 097	11 841
Total	8 071	14 207	14 196	14 120	14 213
Total ohne Blockzeiten	757	1 593	1 755	2 023	2 372

T2.2.2 - Gewichtete Plätze in der Tagesbetreuung nach Angebot, Vorschul- und Schulbereich in Basel-Stadt

	2002	2003	2004	2005	2006
Vorschul- und Schulbereich¹					
Subventionierte Tagesheime	973	1 039	1 030	1 063	1 080
Nicht subventionierte Institutionen	330	381	368	400	418
Firmenrippen	99	163	226	290	354
Tagesfamilien	131	157	97	90	95
Subv. Betreuung zu Hause ²	–	–	–	–	–
Schulen mit Tagesstrukturen	180	180	192	196	197
Schulergänzende Tagesstrukturen	–	77	136	161	181
Blockzeiten in Schulen ³	731	1 261	1 244	1 210	1 184
Total	2 445	3 257	3 294	3 409	3 509
Total ohne Blockzeiten	1 713	1 996	2 050	2 199	2 324
Vorschulbereich					
Subventionierte Tagesheime	712	777	766	788	800
Nicht subventionierte Institutionen	297	348	335	367	385
Firmenrippen	98	161	223	286	349
Tagesfamilien	83	99	61	56	60
Subventionierte Betreuung zu Hause	–	–	–	–	–
Schulen mit Tagesstrukturen	–	–	–	–	–
Schulergänzende Tagesstrukturen	–	–	–	–	–
Total (ohne Blockzeiten)	1 190	1 384	1 386	1 497	1 594
Schulbereich					
Subventionierte Tagesheime	261	263	264	275	280
Nicht subventionierte Institutionen	33	33	33	33	33
Firmenrippen	1	2	3	4	5
Tagesfamilien	49	58	36	33	35
Subventionierte Betreuung zu Hause	–	–	–	–	–
Schulen mit Tagesstrukturen	180	180	192	196	197
Schulergänzende Tagesstrukturen	–	77	136	161	181
Blockzeiten	731	1 261	1 244	1 210	1 184
Total	1 255	1 874	1 908	1 911	1 915
Total ohne Blockzeiten	524	612	664	702	731

¹ Gewichtungsfaktoren für Mittagstisch (0,5), Nachmittagsangebot (0,4) und Blockzeiten (0,1). Zur Methode: siehe Anhang A2. ² Keine Plätze berechenbar. ³ In Basel-Stadt wohnhafte Kinder im entsprechenden Schulalter, für das Blockzeiten eingeführt sind (ohne Kindergarten).

T2.2.3 - Versorgungsgrad in der Tagesbetreuung nach Angebot, Vorschul- und Schulbereich in Basel-Stadt

	2002	2003	2004	2005	2006
Vorschul- und Schulbereich¹					
Subventionierte Tagesheime	4,4%	4,8%	4,8%	5,0%	5,2%
Nicht subventionierte Institutionen	1,5%	1,7%	1,7%	1,9%	2,0%
Firmenrippen	0,4%	0,7%	1,1%	1,4%	1,7%
Tagesfamilien	0,6%	0,7%	0,5%	0,4%	0,5%
Schulen mit Tagesstrukturen	0,8%	0,8%	0,9%	0,9%	0,9%
Schulergänzende Tagesstrukturen	–	0,4%	0,6%	0,8%	0,9%
Blockzeiten in Schulen	3,3%	5,8%	5,8%	5,7%	5,7%
Total	11,1%	15,0%	15,3%	16,1%	16,8%
Total ohne Blockzeiten	7,8%	9,2%	9,5%	10,4%	11,1%
Vorschulbereich					
Subventionierte Tagesheime	7,8%	8,5%	8,4%	8,7%	8,9%
Nicht subventionierte Institutionen	3,2%	3,8%	3,7%	4,0%	4,3%
Firmenrippen	1,1%	1,8%	2,5%	3,2%	3,9%
Tagesfamilien	0,9%	1,1%	0,7%	0,6%	0,7%
Schulen mit Tagesstrukturen	–	–	–	–	–
Schulergänzende Tagesstrukturen	–	–	–	–	–
Total (ohne Blockzeiten)	13,0%	15,1%	15,3%	16,5%	17,7%
Schulbereich					
Subventionierte Tagesheime	2,0%	2,1%	2,1%	2,3%	2,4%
Nicht subventionierte Institutionen	0,3%	0,3%	0,3%	0,3%	0,3%
Firmenrippen	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Tagesfamilien	0,4%	0,5%	0,3%	0,3%	0,3%
Schulen mit Tagesstrukturen	1,4%	1,4%	1,5%	1,6%	1,7%
Schulergänzende Tagesstrukturen	–	0,6%	1,1%	1,3%	1,5%
Blockzeiten in Schulen	5,7%	10,0%	10,0%	10,0%	10,0%
Total	9,8%	14,9%	15,3%	15,8%	16,2%
Total ohne Blockzeiten	4,1%	4,9%	5,3%	5,8%	6,2%

¹ Der Versorgungsgrad gibt das Verhältnis an zwischen der gewichteten Zahl der Betreuungsplätze und den im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Kinder. Zur Methode siehe Anhang A2.

T2.2.5 - Versorgungsgrad in der Tagesbetreuung nach Vorschul- und Schulbereich in Basel-Stadt und Zürich

	2002	2003	2004	2005	2006
Kanton Basel-Stadt¹					
Vorschule	13,0%	15,1%	15,3%	16,5%	17,7%
Schule	9,8%	14,9%	15,3%	15,8%	16,2%
Gesamt	11,1%	15,0%	15,3%	16,1%	16,8%
Stadt Zürich					
Vorschule	...	18,9%	20,4%	20,6%	22,7%
Schule	...	16,3%	32,0%	31,6%	34,8%
Gesamt	...	17,5%	26,7%	26,5%	29,1%

¹Der Versorgungsgrad gibt das Verhältnis an zwischen der gewichteten Zahl der Betreuungsplätze und den im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Kinder. Zur Methode siehe Anhang A2. Der starke Anstieg im Schulbereich der Stadt Zürich von 2003 auf 2004 kam durch Änderungen in der Berechnungsmethode zustande.

T2.3.1 - Betreute Kinder, Plätze und Versorgungsgrad in schulergänzenden Tagesstrukturen nach Tageszeit in BS

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Betreute Kinder¹								
Mittag	-	-	-	699	870	1 079	1 299	1 424
Nachmittag	-	-	-	112	125	161	276	441
Total	-	-	-	811	995	1 240	1 575	1 865
Plätze (ungewichtet)²								
Mittag	-	-	-	237	297	332	422	460
Nachmittag	-	-	-	44	43	60	79	103
Total	-	-	-	281	340	392	501	563
Plätze (gewichtet)³								
Mittag	-	-	-	65	121	139	156	164
Nachmittag	-	-	-	12	16	22	25	33
Total	-	-	-	77	136	161	181	197
Versorgungsgrad								
Mittag	-	-	-	0,5%	1,0%	1,1%	1,3%	1,4%
Nachmittag	-	-	-	0,1%	0,1%	0,2%	0,2%	0,3%
Total	-	-	-	0,6%	1,1%	1,3%	1,5%	1,7%

¹Anzahl unterschiedlicher Kinder, die in der Stichwoche im November betreut wurden. ²Anzahl am Stichtag bereitgestellte Plätze. ³Gewichtungsfaktoren für Mittagstisch (0,5) und Nachmittagsangebot (0,4). Die von den verschiedenen Trägervereinen angebotenen Plätze sind zudem auf 230 Betriebstage standardisiert. Zur Methode siehe Anhang A2.

T2.3.3 - Betreute Kinder, Plätze und Versorgungsgrad in Tagesschulen nach Schulstufe in Basel-Stadt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Betreute Kinder / Plätze								
Primarschule	98	96	98	96	98	94	96	140
Orientierungsschule	40	44	82	84	94	92	101	104
Total	138	140	180	180	192	196	197	244
Versorgungsgrad im Schulbereich								
Primarschule	1,3%	1,3%	1,3%	1,3%	1,4%	1,4%	1,4%	2,1%
Orientierungsschule	0,7%	0,8%	1,5%	1,5%	1,8%	1,8%	2,0%	2,1%
Total	1,1%	1,1%	1,4%	1,4%	1,5%	1,6%	1,7%	2,1%

T2.4.1 - Anteile sehr und eher Zufriedener mit dem Kinderbetreuungsangebot am Wohnort nach Stadt

	2003	2005	2007
Basel	65,7%	64,1%	65,2%
Bern	57,5%	64,9%	70,2%
St. Gallen	...	69,0%	75,9%
Winterthur	67,4%
Zürich	63,9%	66,6%	72,8%

T2.4.3 - Erwerbsquoten der Frauen in den Kantonen Basel-Stadt und Zürich

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Basel-Stadt	56,0%	55,5%	51,1%	53,9%	53,0%	56,1%	53,2%	55,5%
Zürich	60,3%	61,3%	62,8%	62,4%	62,9%	61,7%	62,3%	62,6%

T3.2.1 - Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen resp. Männern erteilte Unterrichtslektionen nach Schulstufe

	Frauen		Männer	
	2007	2008	2007	2008
Total Volksschule	71%	73%	40%	43%
Kindergarten Basel	56%	54%	33%	35%
Primarschule Basel	77%	78%	32%	37%
Primarschule Bettingen / Riehen	68%	76%	33%	33%
Orientierungsschule Basel	83%	82%	49%	51%
Orientierungsschule Bettingen / Riehen	78%	84%	38%	48%
Weiterbildungsschule	67%	72%	37%	39%
Kleinklassen Primarstufe	91%	84%	100%	100%
Kleinklassen Sekundarstufe I	66%	70%	47%	50%
Heilpädagogische Schule	52%	60%	8%	21%

Lesehilfe: Im Jahr 2008 werden an der Volksschule 73% der Unterrichtslektionen aller Lehrerinnen von teilzeitbeschäftigten Frauen erteilt. 43% der Unterrichtslektionen aller Lehrer werden von teilzeitbeschäftigten Männern erteilt.

T3.2.3 - Anteil an teilzeitbeschäftigte Frauen und Männer zugeteilte Unterrichts- und Schulhausleitungslektionen

	Unterricht			Schulhausleitung		
	TZ-Frauen	TZ-Männer	VZ-Beschäftigte	TZ-Frauen	TZ-Männer	VZ-Beschäftigte
2007						
Total Volksschule	48%	13%	39%	30%	14%	56%
Kindergarten Basel	52%	2%	46%	46%	0%	54%
Primarschule Basel	59%	8%	33%	44%	3%	53%
Primarschule Bettingen / Riehen	47%	10%	43%	21%	21%	58%
Orientierungsschule Basel	44%	23%	33%	45%	15%	40%
Orientierungsschule Bettingen / Riehen	40%	19%	41%	0%	25%	75%
Weiterbildungsschule	32%	19%	49%	0%	3%	97%
Kleinklassen Primarstufe	85%	7%	8%	100%	0%	0%
Kleinklassen Sekundarstufe I	32%	24%	44%	10%	28%	62%
Heilpädagogische Schule	48%	1%	51%	27%	0%	73%
2008						
Total Volksschule	50%	14%	36%	34%	10%	56%
Kindergarten Basel	54%	3%	43%	54%	0%	46%
Primarschule Basel	60%	9%	31%	52%	9%	39%
Primarschule Bettingen / Riehen	54%	10%	36%	26%	15%	59%
Orientierungsschule Basel	45%	23%	32%	51%	9%	40%
Orientierungsschule Bettingen / Riehen	42%	24%	34%	0%	45%	55%
Weiterbildungsschule	34%	20%	46%	2%	7%	91%
Kleinklassen Primarstufe	84%	7%	9%	100%	0%	0%
Kleinklassen Sekundarstufe I	36%	25%	39%	42%	47%	11%
Heilpädagogische Schule	54%	2%	44%	37%	0%	63%

T3.3.2 - Anteil an Frauen zugeteilte Unterrichts- und Schulhausleitungslektionen nach Schulstufe

	Unterricht		Schulhausleitung	
	2007	2008	2007	2008
Total Volksschule	67%	68%	48%	48%
Kindergarten Basel	93%	93%	85%	85%
Primarschule Basel	76%	77%	58%	64%
Primarschule Bettingen / Riehen	69%	70%	51%	43%
Orientierungsschule Basel	54%	54%	59%	63%
Orientierungsschule Bettingen / Riehen	51%	50%	15%	2%
Weiterbildungsschule	48%	48%	9%	2%
Kleinklassen Primarstufe	93%	92%	100%	100%
Kleinklassen Sekundarstufe I	52%	52%	49%	63%
Heilpädagogische Schule	91%	90%	100%	100%

Lesehilfe: Im Jahr 2008 sind Frauen 68% aller Unterrichtslektionen und 48% aller Schulhausleitungslektionen zugeteilt.

